

Die goldene Mitte soll es sein

Ausschuss: Richtwert von 620 für Grundsteuer B empfohlen. ► SEITE 3



GUTEN MORGEN
SCHIFFERSTADT

Stempelsammler werden belohnt

Schmagges: Einkaufsgutscheine für die Gewinner. ► SEITE 3

Mittwoch, 29. Januar 2025 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

121. Jahrgang · Nr. 24

WETTER

Heute



6° – 9°

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

1. Sitzung des Jugendstadtrates der Stadt Schifferstadt

Am Mittwoch, 5. Februar 2025 tagt um 16 Uhr der neu gewählte Jugendstadtrat zum ersten Mal im Ratssaal des Rathauses. Fünfzehn Mitglieder umfasst der neue Jugendstadtrat der Stadt Schifferstadt.

► SEITE 3

BÜRGERBUS

Der Bürgerbus fährt dienstags und donnerstags von 8 bis 17 Uhr. Außerdem freitags von 8 bis 13 Uhr. Telefonische Anmeldung Montag und Mittwoch von 14 bis 16 Uhr unter 06235-44595

Der Bürgerbus kommt



INHALT

Lokal	2
Notrufe	2
Sudoku/Rätsel	2
Roman	4
Aus aller Welt	6
Politik	7

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690

www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:

Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:

Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:

Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:

www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien

www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
@schifferstadtertagblatt
linkedin
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsAppKanal

Öffnungszeiten des Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:
8 bis 11 Uhr.

Telefonisch erreichen Sie uns:
Montag bis Freitag von
8 bis 12 Uhr..

Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.

Auf Hofgesang folgt Literaturkritik

32. SAUMAGENORDEN GESTERN ABEND VERLIEHEN Denis Scheck freuen Rosenquarz und Leibgericht



Stolz hält der neue Saumagenordensträger, Denis Scheck (Mitte), den ca. 740 Gramm schweren Rosenquarz in die Kamera.

Foto: suk

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Denis Scheck (60) liest keine Bücher. Er scheint sie geradezu aufzusaugen. Von 180 bis 250 Büchern im Jahr, die durch seine Hände gehen und unter seine Augen kommen, ist die Rede. Eine Menge Holz. Und auch, wenn Scheck nicht gerne hochstapelt: Gestern Abend war er glanzvoller Mittelpunkt im Vereinsheim der Karneval- und Tanzsportgesellschaft Schlotte (KGS) – gemeinsam mit einem Pfälzer Leibgericht.

Jedem Landstrich in Deutschland sagt man sei-

ne Besonderheiten nach. So auch den Menschen, die darin leben. Bei Scheck verbinden sich zwei Welten, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Geboren in Stuttgart – einem Völkchen, das lieber unter sich, Fremden gegenüber meist mundfaul und hochgradig ordnungsfanatich ist – lebt er mittlerweile in Köln, der quirligen Metropole am Rhein, mit geselligen, feierfreudigen Menschen und gefühlt zwölf Monaten Fastnacht im Jahr.

Wenngleich Letzteres nicht zu den Leidenschaften des Literaturkritikers, Herausgebers und Verlegers gehört:

Den nötigen Sinn für Humor hat er – von Berufswegen sozusagen und dazu noch perfekt spitzzüngig und treffsicher sarkastisch. Gründe genug, weswegen die KGS den Macher der Bestseller-Bibel gestern nach Schifferstadt einlud, um einen 740 Gramm schweren Rosenquarz entgegenzunehmen.

Wie jedes Jahr war dieser speziell angefertigt worden, um als 32. Unikat kurzzeitig zum Schmuckstück auf Schecks Brust zu werden, bevor es wieder sicher in einer Vitrine verstaut wurde. Nach fastnachtlich gelebtem Brauchtum in Form von Mu-

sik, wofür zuvor die Mainzer Hofsänger gewürdigt wurden, war nun also erneut eine Kunstform an der Reihe, die der KGS die 1991 ins Leben gerufene Auszeichnung wert war.

Geladene Gäste füllten dazu die reservierten Plätze im Schlotte-Heim, wo auf den Tischen direkt die auf den Ordensempfänger zugeschnittene Tischdeko ins Auge fiel. Natürlich hatte das Küchenteam ein deftiges Saumagenmenü vorbereitet und natürlich durfte sich Scheck – ob karnevalistisch affin oder nicht – an einem kleinen, fastnachtlichen Pro-

gramm erfreuen. Eine Abweichung gab's jedoch bei der Laudatio: Zur Belobigung der Leistung Schecks waren nicht die Mainzer Hofsänger im Schlotte-Heim angetreten, sondern Helmut Markwort, Focus-Herausgeber und Saumagenordens-Träger der Kampagne 2010/11.

Die „Tätigkeit als mutiger Literaturkritiker, dem es am Herzen liegt, den guten und lesenswerten Büchern Aufmerksamkeit zu sichern“, hat die KGS zusammenfassend als hauptsächlichen Grund der Ordensverleihung angegeben. Die richtigen Worte an den richtigen Platz zu setzen,

hat Scheck auch gestern bei seiner Dankesrede im KGS-Haus verstanden – sehr zum Gefallen der Gäste, die spürten, dass in Scheck irgendwo doch ein kleiner Fastnachter schlummert. Eben nur anders.

Heute Vormittag wird der Würdenträger im Schifferstadter Rathaus empfangen. Dann geht es direkt weiter zur nächsten Station: Speyer. Dort wird Scheck heute Abend bei der Reihe Speyer.LIT im Alten Stadtsaal aus seiner Bestseller-Bibel „Schätze und Schund aus 20 Jahren“ vorstellen.

Weiterer Bericht folgt

Abschied von Macher und Motor

NACHRUF Ehrenbürger Theo Magin gestern verstorben / Erste Schweigeminute für beliebten Politiker

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Theo Magin war Lehrer, Kommunalpolitiker, Bürgermeister und Bundestagsabgeordneter. Darüber hinaus war er parteiübergreifend beliebt und geachtet.

Zu seinem 90. Geburtstag im Jahre 2022 kamen Gratulanten jeglicher politischer Couleur und Menschen, denen er ein Leben lang Zeit und Unterstützung geschenkt hat. Gestern ist Magin mit 92 Jahren verstorben. Eine erste Gedenkminute hat es gestern Abend gegeben.

Magin war in vielen Bereichen treibende Kraft. Die Zeit der Wiedervereinigung hat er als eine Besonderheit erlebt. Damals war der Schifferstadter, der für die CDU-Fraktion ab 1962 und als Erster Beigeordneter ab

1966 tätig war, Mitglied des Deutschen Bundestages und gleichzeitig Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Zahlreiche Erinnerungen an diese Zeit trug Magin in sich. Zum Bürgermeister wurde er 1971 gewählt und blieb es bis 1975 – eine halbe Amtszeit nur.

Zwölf Jahre war er Landtagsabgeordneter in Mainz, bevor er 1980 als Direktkandidat des Wahlkreises Neustadt-Speyer in den Bundestag einzog, dem er bis 1994 angehörte. Als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag gestaltete er über 25 Jahre lang die Politik im Rhein-Pfalz-Kreis entscheidend mit. Erster Kreisbeigeordneter war er von 1996 bis Ende 1999. Der Christdemokrat gehörte von 1974 bis 1999 dem Bezirkstag Pfalz an. Seine eigenen Schiffer-

stadter Wurzeln sind für Theo Magin stets prägend gewesen. Der Verein für Heimatpflege lag ihm darum am Herzen. So sehr, dass er sogar zwölf Jahre – 1996 bis 2008 – den Vorsitz übernahm. Magin wurde später Ehrenmitglied.

Die Verdienste um seine Heimatstadt wurden ebenfalls anerkannt, in Form der Ehrenbürgerschaft. Sein beachtliches Wirken wurde darüber hinaus mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette und dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

Die Nachricht vom Tod Theo Magins überschattete gestern Abend auch die Verleihung des Saumagenordens. Der Karneval- und Tanzsportgesellschaft Schlotte war der beliebte Mann,



Theo Magin ist am gestrigen Dienstag im Alter von 92 Jahren verstorben.

Foto: Tagblatt-Archiv

Familienvater, Opa und Ur- opa wohl gesonnen und war von ihr im Jahre 2000 daher

ebenfalls zum Träger der fastnachtlichen Auszeichnung bestimmt worden. In

einer Schweigeminute gedachten die Gäste dem Verstorbenen.



LESERBRIEFE

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider und sind ausschließlich in Verantwortung des Verfassers gestellt. Bei Veröffentlichungen von Einsendungen muss sich die Redaktion notwendige Kürzungen vorbehalten. Anonyme Einsendungen werden nicht veröffentlicht. Es besteht kein Anspruch auf Abdruck von Leserbriefen. Die Redaktion trägt die presserechtliche, nicht aber die inhaltliche Verantwortung für veröffentlichte Zuschriften. Privatpersonen dürfen ihre Meinung in Form von Leserbriefen äußern – politisches Mandatsträger, Inhaber von städtischen Ämtern etc. bekommen die Möglichkeit in Form von Stellungnahmen. Wir behalten uns vor, einen „Dialog“ unter Zusendungen zu beenden, wenn wir dies für gerechtfertigt halten und weitere Zuschriften keinen weiteren Nutzen für die Öffentlichkeit mehr machen. Wir bitten um Verständnis, dass wir Leserbriefe NUR in digitaler Form an leserbriefe@schifferstadtertagblatt.de entgegennehmen können. Die uns zugesendeten Leserbriefe sind ausdrücklich zum Abdruck im Schifferstadter Tagblatt vorgesehen, sie dürfen nicht im Original-Zeitungslayout ab fotografiert und eigenmächtig in den Sozialen Medien weiterverbreitet werden.

Leserbrief zum Artikel „Neujahrsempfang“ in der Ausgabe vom 20. Januar 2025:

„Ich bin kein Schwein! So wurde ich titulierte von der Bürgermeisterin. Das muss ich entschieden zurückweisen. Ich führe meinen Hund an der Leine und habe immer einen Beutel dabei, um den Kot zu entfernen.“

Das ist eine Beleidigung, die vielleicht ein Prozent der Hundebesitzer betrifft. Dann soll man das auch so benennen und nicht alle Hundebesitzer diffamieren.

Der Applaus war hier fehl am Platz!

Gleiches gilt für den Stadtpark. Es ist pietätlos, den ehemaligen Friedhof in einen Stadtpark umzuwandeln und dort öffentliche Toiletten zu errichten.

Diese gab es früher auch schon an der alten Friedhofshalle, die jetzt zum Café umfunktioniert wird.

Wo bleibt hier der Respekt vor unseren Vorfahren, die sich redlich und mühevoll abgerackert haben, um einen gewissen Wohlstand zu erreichen. Da fehlen mir die Worte. Ich kenne viele Bürger von Schifferstadt, deren Angehörige dort beerdigt sind und ungläubig mit ansehen müssen, was mit ihrem alten geliebten und gepflegten Friedhof geschieht. Auch meine Vorfahren liegen dort. So etwas gibt es nach meiner Kenntnis nirgendwo in der Umgebung. Danke Schifferstadt! Der Applaus war hier fehl am Platz.

Warum treibt die Bürgermeisterin Schönfärberei? Was ist mit den alten Schulden? Was ist mit der Grundsteuer? Was ist mit der Verkehrsplanung (Tempo 30 in der Burgstraße)? Was ist mit Parkplätzen für Lieferwagen und Geschäftswagen in der Bahnhofstraße oder Lillengasse? Das wären Themen gewesen für den Neujahrsempfang. Das hätte mich interessiert. Schade um die Zeit, die ich Freitagabend vertrottelt habe. Das einzig positive war die Spende für die Orgel. Ab danken, Frau Bürgermeisterin!

Leonore Mayer
Hans-Purmann-Straße 31

KALENDER

Mittwoch, 29. Januar 2025

Aquilin - Josef - Karl - Radegund - Valerius

Bauernspruch: Hat der Januar viel Regen, bringt's den Früchten keinen Segen.

Geburtstag: 1945

Manfred Lehmann ist ein deutscher Schauspieler und Synchronsprecher, der u. a. den Hollywood-Schauspielern Gérard Philipe (seit 1980), Bruce Willis (seit 1988) und Kurt Russell (seit 1981) seine deutsche Stimme leiht.

1945 Tom Selleck ist ein US-amerikanischer Schauspieler, der in den 1980er-Jahren durch seine Paraderolle als Privatdetektiv „Thomas Magnum“ in der TV-Serie „Magnum“ (1980-1988) bekannt wurde.

1918 John Forsythe John Lincoln Freund, wie er mit richtigem Namen hieß, war ein US-amerikanischer Schauspieler, der insbesondere in der Hauptrolle als „Blake Carrington“ der erfolgreichen 80er-TV-Serie „Denver-Clan“ (1981-1989) bekannt ist.

1892 Ernst Lubitsch war ein berühmter deutsch-US-amerikanischer Filmregisseur und Oscarpreisträger, der nach ersten Erfolgen in Deutschland schnell in Hollywood Fuß fassen konnte und legendäre Filme seiner Zeit schuf (u. a. „Engel“ 1937, „Blaubarts achte Frau“ 1938, „Ninotschka“ 1939, „Sein oder Nichtsein“ 1942).

Sternzeichen: Wassermann (21.1. - 19.2.)

REZEPT DES TAGES

Brokkoli-Tofu-Pfanne mit Erdnusssoße



- 1 TL Zucker, brauner Currypaste, rote Erdnussbutter
- 1 EL Erdnüsse, geröstete, grob zerkleinerte Kokosmilch
- 400 ml Sahne
- 100 ml Sojasauce
- n. B. Frühlingszwiebel(n)
- 400 g Tofu, fester
- 7 EL Öl
- 800 g Brokkoliröschen
- 100 ml Gemüsebrühe

einkochen lassen. Zum Schluss mit Sojasauce würzen.

Die Frühlingszwiebeln in schräge Scheiben schneiden, den Tofu würfeln. 4 EL Öl im Wok erhitzen, den Tofu goldbraun braten. Danach auf Küchenpapier abtropfen lassen. Das Fett entsorgen.

3 EL Öl erhitzen und den Brokkoli ca. 4 Minuten bei starker Hitze braten, dann mit der Gemüsebrühe ablöschen. Bei mittlerer Hitze 3 Minuten garen. Tofu und Frühlingszwiebeln unterrühren, mit Sojasauce abschmecken und 2 Minuten weitergaren. Die Erdnussauce mit dem Gemüse anrichten. Dazu passt Basmatireis sehr gut.

Den Zucker bei mittlerer Hitze karamellisieren. Die Currypaste einrühren, Erdnussbutter, grob zerkleinerte Erdnüsse, Kokosmilch und ca. 100 ml Wasser zugeben. Aufkochen, die Sahne zugeben und offen 10 Minuten

VERÖFFENTLICHUNG DER JUBILÄEN

Ab dem 80. Lebensjahr bzw. der Feier des 50-jährigen Hochzeitsjubiläums meldet das Einwohnermeldeamt der Stadtverwaltung Schifferstadt die Daten der entsprechenden Personen an die Presse zur Veröffentlichung. Wer keine Veröffentlichung wünscht, muss dies direkt beim Einwohnermeldeamt im Rathaus melden und sperren lassen. Das Tagblatt nimmt diese Änderungen nicht entgegen.

NOTRUF

Polizei- und Feuerwehr-Notruf: 110 oder 112

Polizei: Sammelruf-Nummer 4950; Fax-Nummer 0049 6131 48 68 82 44.

Rettungsdienst: Telefon 112

Kripo-Sicherheitsberatung Ludwigshafen: Tel. 0621 / 9632510.

Ärztlicher Bereitschaftsdienst: Telefon: 116 117. Wenn ohne unmittelbare Behandlung Lebensgefahr besteht oder bleibende gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, ist der Rettungsdienst unter 112 zu alarmieren.

Geplante Krankentransportfahrten: 06235 19222.

Augenärztlicher Notdienst: Telefonisch zu erfragen unter der Rufnummer 0180 5011230.

Apothekendienst: Welche Apotheke Dienst hat, kann auf der Website: https://www.lak-rlp.de/notdienstportal oder unter folgender Nummer 01805 258825-PLZ abgerufen werden. Der Notdienst beginnt jeweils um 8.30 Uhr und endet am Folgetag um 8.30 Uhr.

Hebamme: Gertrud Hillmann, Telefon 92146, Marion Ebeling, Telefon 3119 und Peggy Christmann, Telefon 497011, Silke Fichtenmayer, Telefon 0151/18400487.

Hospiz-Dienst: Ambulanter Hospiz- und Palliativ-Beratungsdienst Südlicher Rhein-Pfalz-Kreis, Telefon 457823, begleitend@hospiz-schifferstadt.de, www.hospiz-schifferstadt.de

Ökumenische Sozialstation: Telefon 959350. - Bürozeiten: Montag bis Freitag 8 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Leiter: Andreas Müller.

Pflegestützpunkt: Kostenlose und neutrale Beratungsstelle für ältere Kranke und behinderte Menschen und ihren Angehörigen rund um die Pflege: Desiree Urban, Telefon 4 58 75 66, Claudia Schöneberger.

Betreuungsverein (Sozialdienst katholischer Frauen und Männer); Julia Reberlik, Telefon 49799795; Simone Schrock Telefon 49799794, Peter Oestinger, Telefon 49799796, Schulstr. 16.

Evangelische/Katholische Telefonseelsorge: Rund um die Uhr, gebührenfrei, vertraulich, Telefon 0800/1110111 und 0800/1110222.

Heil Pflegedienst, Private Sozialstation, Bahnhofstr. 21, Tel. 920093.

Krisentelefon für psychisch Kranke und deren Angehörige: 0800/2203300. Ein(e) fachkundige Gesprächspartner(in) ist damit samstags, sonntags und feiertags von 8 bis 23 Uhr erreichbar, wochentags von 17 bis 23 Uhr.

Kinder- und Jugendtelefon des Deutschen Kinderschutzbundes: (kostenlos): 0800/1110333

Elterntelefon des Kinderschutzbundes (kostenlos): 0800/1110550.

Rotes Kreuz: Krankentransporte: 19222.

Malteser Hilfsdienst e. V. Schifferstadt: Waldseer Straße 110, Telefon 0175 2686041, info@malteserschifferstadt.de.

Ökumenische Nachbarschaftshilfe: Telefon 8 27 51.

Stadtwerke (Stromversorgung und Abwasserbeseitigung): Bei Störungen außerhalb der normalen Dienstzeit Telefon 06235 4901-122 anrufen.

Gasversorgung: Bei Störungen außerhalb der normalen Dienstzeiten Telefon 0800/0837111 anrufen.

Wasserversorgung: Der Bereitschaftsdienst ist unter der Telefonnummer 957031 zu erreichen.

Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung, Ortsvereinigung Speyer-Schifferstadt e.V., Waldspitzweg 10, Schifferstadt, Telefon 06235/49760, Fax 4976100.

Schifferstadter Tagblatt

IMPRESSUM Herausgeber und Verlag: Geier-Druck-Verlag KG, Bahnhofstraße 70a, 67105 Schifferstadt, Tel. (06235) 92 69-0, Vertretungsberechtigt i.S.d.G.: Susanne Geier

Redaktion Lokales Schifferstadt Susanne Geier (verantwortl.), Bahnhofstraße 70a, 67105 Schifferstadt

Verantwortl. überregionaler Teil: VRM, Mainz, vertreten durch die VRM

Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführer: Joachim Liebler (Sprecher), Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz. Inhaltlich verantwortlich überregionaler Teil: Jule Lumma (Chefredakteurin), Mainz

Druck: Oggersheimer Druckzentrum GmbH, Flomersheimerstraße 2-4, 67071 Ludwigshafen.

Anzeigen und Vertrieb: Susanne Geier Anzeigenpreisliste Nr. 42

Monatlicher Bezugspreis gültig ab 1. Januar 2025:

Print: 30,50; Digital: 25,50; AboPlus: Print + Digital 32,50; Wochenend-Abo (Freitag, Samstag, Montag): 17,00; E-PaperPlus: Digital + Print-Samstags-Ausgabe 26,50; Einzelpreis Mo - Fr 1,20, Sa 1,30 - Postbezugspreis 32,00. Alle Preise inklusive 7 % MwSt. Abbestellungen können nur bis zum Quartalsende in Textform ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher beim Verlag vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Amthliches Bekanntmachungsorgan der Stadtverwaltung Schifferstadt Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.

Jeden Mittwoch mit TV-Magazin prisma.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Gewähr übernommen werden.

Für die Herstellung des Schifferstadter Tagblatts wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Pflichtmitteilung gem. § 9 Abs. 4 Satz 1 Landesmediengesetz Rheinland-Pfalz: Die Firma Geier-Druck-Verlag KG mit Sitz in Schifferstadt ist eine Kommanditgesellschaft. Komplementärin: Susanne Geier, Kommanditistin: Barbara Geier. Persönlich haftende Gesellschafterin: Susanne Geier



Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a central advertisement for Sparkasse Vorderpfalz and a word search at the bottom right.

Two crossword puzzle grids labeled 'ANFÄNGER' and 'FORTGESCHRITTENE' with corresponding clues.

KURZ UND BÜNDIG

1. Sitzung des Jugendstadtrates der Stadt Schifferstadt

SCHIFFERSTADT. Am Mittwoch, 5. Februar 2025 tagt um 16 Uhr der neu gewählte Jugendstadtrat zum ersten Mal im Ratssaal des Rathauses. Fünfzehn Mitglieder umfasst der neue Jugendstadtrat der Stadt Schifferstadt. Die Mitglieder werden die Belange der Kinder und Jugendlichen zwei Jahre lang vertreten. Im Anschluss an die Begrüßung durch den ersten Beigeordneten, Herrn Patrick Poss, wählt das Gremium den oder die Vorsitzende/n mit Stellvertreter/in. Interessierte Jugendliche sind zu dieser öffentlichen Sitzung herzlich eingeladen.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

DAK: Zahl der Krankmeldungen gesunken

MAINZ (dpa). Der Krankenstand von Berufstätigen in Rheinland-Pfalz ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Versicherte Beschäftigte waren im vergangenen Jahr durchschnittlich rund 20 Tage krankgeschrieben – knapp einen Tag weniger als 2023, wie die Krankenkasse DAK auf Basis einer Auswertung des Berliner IGES Instituts mitteilte. Damit lag der Krankenstand mit 5,7 Prozent etwas unter dem Rekordniveau von 5,9 Prozent aus 2023. Bundesweit lag der Wert bei 5,5 Prozent.

Hauptursachen für Krankenschreibungen waren laut DAK Atemwegserkrankungen, Muskel-Skelett-Probleme und psychische Erkrankungen. Erkältungen oder Bronchitis verursachten 394 Fehltage je 100 Versicherte, 9 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Gegensatz dazu stiegen die Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen wie Depressionen um 10 Prozent.

„Stimmt nicht, dass sich immer mehr krankmelden“

„Erfreulicherweise haben wir im Gegensatz zu den vergangenen drei Jahren keine stetige Steigerungsdynamik“, sagte Rainer Lange, Landeschef der DAK-Gesundheit in Rheinland-Pfalz. Besonders 2022 gab es einen sprunghaften Anstieg der Fehltage, als erstmals ärztliche Atteste elektronisch direkt an die Krankenkassen übermittelt wurden. Seitdem gebe es bei den Fehltagen nur geringfügige Entwicklungen. „Es stimmt nicht, dass sich Beschäftigte immer mehr Tage krankmelden“, betonte Lange.

Laut einer Forsa-Befragung im Auftrag der DAK besorgten sich 60 Prozent der befragten Beschäftigten in Rheinland-Pfalz bei jeder Krankmeldung ein ärztliches Attest – obwohl dies nur bei 21 Prozent der Unternehmen ab dem ersten Feiertag erforderlich sei. Die DAK werte dies als Hinweis auf eine mögliche Misstrauenskultur in den Betrieben. „Die Beschäftigten holen sich ein ärztliches Attest, um nicht dem Verdacht ausgesetzt zu sein, sie würden ohne triftigen Grund der Arbeit fernbleiben“, so Lange. Die Krankenkasse empfiehlt, den Fokus stärker auf gesundes Arbeiten zu legen, statt über Sanktionen oder Karenztage nachzudenken. „Beschäftigte, die mit ihrer Arbeit zufrieden sind, melden sich seltener krank.“

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Die Hebesätze beschäftigen die Kommunen. Verschiedene Varianten – von horrenden Erhöhungen bis zum Bewahren der aktuellen Zahlen – stehen

”

Wir wollen die Bürger nicht über Gebühr belasten, aber auch als Stadt handlungsfähig bleiben.

Laura Ehm (CDU)

in den umliegenden Orten zur Entscheidung. In Schifferstadt hat der Hauptausschuss sich für einen Mittelweg entschieden, der dem Stadtrat empfohlen wurde. Der tagt am Donnerstag.

Bei 578 Punkten wurde die Grundsteuer B zur Erstellung einer Hebesatzsatzung von der Verwaltung angelegt. Die Stadtspitze – Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) sowie die drei Beigeordneten Patrick Poss (CDU), Dieter Weismayer (FWG) und Stefano

Tedesco (BfS) – legte einen weiteren Vorschlag nach: 690. Für und Wider mussten gegenübergestellt werden.

Den goldenen Mittelweg konnte die Mehrheit mitgehen. Vorgeschlagen wurde der von Laura Ehm (CDU). 620 Punkte nannte sie als Orientierung. „Wir wollen die Bürger nicht über Gebühr belasten, aber auch als Stadt handlungsfähig bleiben“, stellte Ehm heraus.

Von langen Diskussionen in der Fraktion über den Verwaltungsspitzenvorschlag sprach

”

Uns ist allen bewusst, dass der Sprung visuell viel ist, aber einen kleinen Schritt drüber gehen wir mit, um die Haushaltssituation zu verbessern.

Marion Schleicher-Frank (FWG)

Marion Schleicher-Frank (FWG). „Uns ist allen bewusst, dass der Sprung schon visuell viel ist, aber einen kleinen Schritt drüber gehen wir mit, um die Haushaltssituation zu

Die „goldene Mitte“ soll es sein

AUSSCHUSS Richtwert von 620 für Grundsteuer B empfohlen / Stadtrat entscheidet am Donnerstag



verbessern“, sagte sie. Aktuell, lenkte Luca Scharfenberger vom Fachbereich Finanzen und Organisation ein, sei von 800.000 Euro Mindereinnahmen auszugehen.

Am Thema Mehreinnahmen, die mit einer höheren Hebesatzung erzielt werden, schied sich der Geist von Thomas Lorch (SPD). „Es gibt in

Rheinland-Pfalz Vorgaben, die besagen, dass die Berechnung der Hebesätze aufkommensneutral sein soll“, merkte er an und äußerte sich überrascht, dass durch die Anhebung des Satzes Einnahmen generiert werden sollen. Den notwendigen Spielraum, um Hebesätze festzulegen, stellte Lorch in Frage. Volk antwortete darauf

mit einem Blick in die Vergangenheit: „Das Thema ist nicht neu. Wir hatten es schon immer, wenn wir über Hebesätze gesprochen haben.“

Scharfenberger erklärte basierend auf den Bestimmungen: „Die Aussage der Aufkommensneutralität steht als Empfehlung des Bundesfinanzministers und des Landes

im Raum, wurde aber nicht gesetzlich geregelt.“ Wichtigste Botschaft: Der Haushalt muss ausgeglichen sein und das steht laut Scharfenberger über der Aufkommensneutralität.

Damit gab sich ebenso wenig wie die SPD die Grünen-Fraktion zufrieden. „Wir halten es tendenziell für aufrichtiger, in Richtung Aufkommensneu-

”

Das Thema ist nicht neu. Wir hatten es schon immer, wenn wir über Hebesätze gesprochen haben.

Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne)

tralität zu argumentieren“, betonte Sprecher Daniel Jalalpoor. Für ihn lag die goldene Mitte bei 590.

Mehrheitlich (sechs Ja, drei Nein) sprach sich der Hauptausschuss für den Antrag Ehms zur Erhöhung auf 620 Punkte aus. Mit diesem Beschlussvorschlag wird sich der Stadtrat nun in seiner Sitzung am Donnerstag auseinandersetzen.



Schmagges belohnt Stempelsammler mit Einkaufsgutscheinen

Schifferstadt. Einkaufsgutscheine von Schmagges im Wert von 1.000 Euro haben den Besitzer bzw. die Besitzerin gewechselt. Insgesamt wurden zehn Gewinner beim großen Weihnachts-Stempeln der Schifferstadt-Marketing-Gemeinschaft „Schmagges“ e.V. aus über 500 abgegebenen Stempelkarten gezogen. Die glücklichen Gewinner konnten ihre Preise am vergangenen Freitag in der Vereinigten Volksbank Kur- und Rheinpfalz abholen. Vorsitzende Marion Schleicher-Frank freut sich für die Gewinner: „Mit den Gutscheinen lässt sich richtig schön einkaufen bei uns in Schifferstadt“. Gleichzeitig richtet sie einen Appell an Alle: „Bitte kaufen Sie hier vor Ort und unterstützen unsere Betriebe wo es geht“. Die Weihnachtsstempel-Aktion von „Schmagges“ findet bereits seit sieben Jahren in der Adventszeit statt. Bei allen Mitgliedsbetrieben können fünf verschiedene Stempel gesammelt werden, jede volle Stempelkarte landet sogleich im großen Lostopf.

Text und Foto: Schmagges

„Verwurzelt und vernetzt“: Neuer Vorstand der Wirtschaftsunioren tritt für 2025 an

MANNHEIM/LUDWIGSHAFEN. Die Mitgliederversammlung der Wirtschaftsunioren Mannheim-Ludwigshafen e. V. hat am 20. Januar 2025 einen neuen Vorstand gewählt. Peter Kast (John Deere GmbH & Co. KG) tritt in die Fußstapfen der Kreissprecherin Helya Masoud Moghadam (BASF SE), die dem Vorstand als Immediate Past President für ein weiteres Jahr erhalten bleibt. Den Vorstand bilden außerdem vier Arbeitskreisleiter und die Schatzmeisterin Stefanie Kopf (VVR Bank Kur- und Rheinpfalz eG). Die Leitung des Arbeitskreises International übernimmt Saskia Voos (Voos Design-

studio). Dem kritischen Engagement in der Politik widmet sich Patrick Richter (trio group GmbH). Leon Ostermann (Keiper & Co. KG) nimmt sich in seinem Arbeitskreis der Themen Unternehmensführung und Organisation an und Jakob-Julius Grätz (Universitätsmedizin Mannheim) fördert in seinem Arbeitskreis die Verbindung der Wirtschaft zum Bildungssektor.

Kreissprecher Peter Kast nimmt mit seinem Jahresmotto „Verwurzelt und vernetzt“ Bezüge zu seiner Vorgängerin, die in ihrem Jahr unter dem Motto „Build & Root“ die Bindung der

Mitglieder an den Verein stärkte. Kast hat sich für das Jahr 2025 vorgenommen, dort anzuknüpfen, um das Netzwerk der jungen Wirtschaft weiter zu verdichten und zu kräftigen. Dr. Axel Nitschke beglückwünschte den neuen Vorstand. Gleichzeitig ermutigte der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Rhein-Neckar das Netzwerk, sich im Wahlkampf und in der anschließenden Regierungsbildung für einen starken und zukunfts-fähigen Wirtschaftsstandort einzusetzen: „Geben Sie der jungen Wirtschaft eine Stimme!“ Mit Blick auf die

Bundtagswahl führen die Wirtschaftsunioren aktuell Kurzinterviews mit den Kandidierenden der Wahlkreise Mannheim und Ludwigshafen, die in Kürze veröffentlicht werden.

Die Wirtschaftsunioren Mannheim-Ludwigshafen e. V. sind ein Netzwerk junger Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Führungskräfte im Alter bis 40 Jahre. Sie kommen aus allen Branchen der Wirtschaft der beiden IHK-Bezirke Rhein-Neckar und Pfalz. Weitere Informationen und kommende Veranstaltungen unter www.wirtschaftsunioren.org.

Nie wieder!

Michael Wagner (Mdl): Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau hat Seele tief berührt



SPEYER. „Dieser Ort sei allezeit ein Aufschrei der Verzweiflung und Mahnung an die Menschheit. Hier ermordeten die Nazis etwa anderthalb Millionen Männer, Frauen und Kinder. Die meisten waren Juden aus verschiedenen Ländern Europas.“ So zu lesen auf der Gedenktafel „Auschwitz-Birkenau 1940 - 1945“.

2025 jähren sich bedeutende Meilensteine der europäischen und deutschen Geschichte: 80 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Nationalsozialismus, 35 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands, 40 Jahre Amtsantritt Gorbatschows – dessen Politik ungewollt die Überwindung der kommunistischen Diktaturen beförderte – sowie 50 Jahre Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte, mit der die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu einem verbindlichen Maßstab der politischen Ordnungen proklamiert wurden. Am 27. Januar 2025

jährte sich die Befreiung von Auschwitz-Birkenau zum 80. Mal – ein Tag, der uns an die Schrecken des Holocaust und die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Demokratie und lebendige Erinnerungskultur sind wichtig, um das Versprechen nach dem „Nie wieder“ erfüllen zu können. Gerade wenn Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz wieder auf dem Vormarsch sind, müssen wir Haltung zeigen gegen Hass und Hetze – und für unsere Demokratie!

Im letzten Jahr führte den Ausschuss für Kultur eine Informationsfahrt in die Woiwodschaft Opoln, eine Partnerschaftsregion des Landes

Rheinland-Pfalz. Die Delegation wurde angeführt von Hendrick Hering, dem Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz, und dem Kultur-Ausschussvorsitzenden Michael Wagner, Mdl. U.a. stand auch der Besuch des ehemaligen deutschen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau auf dem Programm.

„Dieser Besuch hat meine Seele zutiefst berührt und erschüttert. Auschwitz – ein Ort des Schreckens und ein Ort deutscher Schuld. Unvorstellbar, was hier Menschen anderen Menschen angetan haben. Ich finde keine Worte, um das Ausmaß des Grauens zu beschreiben“, so der Landtagsabgeordnete und Kultur-Ausschussvorsitzende Michael Wagner. Wagner selbst ist die Erinnerungskultur ein sehr wichtiges Anliegen. „Gerade in einer Zeit, in der Einige in unserer Gesellschaft das Ende oder auch eine Veränderung der Erinnerungskultur in Deutschland einfordern, gerade in dieser Zeit, müssen wir für diese Erinnerungs- und Gedenkkultur eintreten. Es ist unsere Verpflichtung, darauf hinzuweisen, dass unsere Werte wie Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie nicht zur Disposition stehen. Diese Werte sind zur Hoffnung für Unterdrückte und Benachteiligte auf allen Kontinenten geworden. In Auschwitz reden wir aber nicht nur über die Vergangenheit, sondern wir verstehen Auschwitz als bleibende Verantwortung, den Anfängen zu wehren, auch in unserem Land“, so Wagner mahnend.

Ausstellung „Kindheit und Alter“ im Schloss Kleinniedesheim



RHEIN-PFALZ-KREIS. Kindheits- und Alters-Bildnisse: Diesen beiden besonderen Bildmotiven in der Kunst ist die kommende Ausstellung „Kindheit und Alter – Malerei, Zeichnung, Druckgraphik“ im Schloss Kleinniedesheim noch bis 23. Februar gewidmet. Eröffnet wird die Ausstellung am Sonntag 26. Januar, um 11 Uhr, Öffnungszeiten: jeweils sonntags von 13 bis 17 Uhr.

Bilder aus drei privaten Sammlungen zeigen Beispiele aus diesen Genres vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in unsere Zeit. Die kindliche Entwicklung von der Geburt bis zur Jugend, festgehalten in Gemälden und Grafiken, spinnt sich als roter Faden durch die Kunstgeschichte, ebenso wie die künstlerische Behandlung des Alters.

Die Kinderdarstellungen in der bildenden Kunst haben eine lange Tradition, die bis in die Antike zurückreicht. Sie sind eng mit der Kultur- und Sozialgeschichte verknüpft. Ständen Kinderdarstellungen

in der Kunst in den zurückliegenden Jahrhunderten oft im Dienste der Religion oder politischen und gesellschaftlichen Zwecken, waren die Künstler des 20. Jahrhunderts an keine Tradition oder Weisung mehr gebunden. Damit waren sie auch nicht mehr der Ästhetisierung und Idealisierung von Kindern verpflichtet sondern konnten diese darstellen, wie sie sie jeweils individuell sahen.

Ebenso wie das Kinderbildnis insgesamt betrachtet einen Wandel vom Idealen zum Wahrheitshaften, vom Abbildhaften zum Sinnbildhaften erfuhr, passten sich auch die „Altersportraits“ in der Kunst der Realität an. Das Beschönigende, Idealisierende machte zu Beginn des 20. Jahrhunderts der für manchen vielleicht „bitteren“ Realität Platz, indem Lebens- und Altersspuren den Gesichtern und Körpern der Portraitierten eingeschrieben werden.

In der Ausstellung vertreten ist unter anderem das Dop-

pelporträt des Malers Hugo Ernst Schnegg, der sich 1931 als stolzer Vater mit seinem Töchterchen auf dem Schoß auf einem großen Ölgemälde in seinem Atelier darstellte. Alfred Knispel zeigt sich bei seinem Gemälde

„Mädchen mit Katze“ aus dem Jahr 1927 auf einer Höhe mit den damaligen künstlerischen Entwicklungen in der Kunstmetropole Paris. Albert Hauelsen betont mit gefühlvoller Palette die Besonderheit des Tages für seine „Kommunikantin“ aus dem Jahr 1912. Im Jahr 1931 widmete der Wiener Künstler Robert Pajer-Garteiner der stillenden Mutter mit Kind - einem zentralen Thema der Kunstgeschichte von der altägyptischen Darstellung der Muttergöttin Isis, über die Verbildlichung der das Jesuskind stillenden Mutter Maria seit dem Mittelalter, bis hin zum die Mutterschaft darstellenden Pablo Picasso - seinen Holzschnitt „Ruhe am See“. Der Maler Hans Soltmann griff das Thema „Kinder“ 1921

in einer Mappe mit Lithographien auf, die Szenen aus dem Kindheitsalltag zeigen. Die Spuren eines langen bäuerlichen Lebens eingeschrieben hat der 1892 in Bretten geborene Maler Karl Freund ins Gesicht seiner Mutter, die er 1919 malte. Der 1903 in Safi in Marokko geborene Künstler Hermann Junker, der an der Münchner Akademie studierte und später in Hamburg lebte und arbeitete, setzte dem „Alten Handwerksmeister“ 1930 ein malerisches Denkmal. Wilhelm Lachnit, einer der Hauptvertreter der Dresdner Neuen Sachlichkeit, erfasste seine Mutter 1923 in seiner Zeichnung in ebendiesem Stil seiner Zeit. Dem Ende des Lebens widmet sich der 1950 in Speyer geborene und heute auf der Darmstädter Rosenhöhe lebende Bildhauer Thomas Duttenhoefer in seinem „Altenheim-Zyklus“, aus dem in der Schau einige Zeichnungen präsentiert werden.

Text und Bilder: Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis

SPORT AKTUELL

Verstärkung in der Defensive: FCK leiht Maximilian Bauer

FUSSBALL Für die Abwehrreihe des 1. FC Kaiserslautern gibt es Verstärkung: Die Pfälzer leihen Innenverteidiger Maximilian Bauer vom Bundesligisten FC Augsburg aus

KAISERSLAUTERN. Der gebürtige Bayer sammelte seine fußballerische Erfahrung bisher ausschließlich im Freistaat: Angefangen bei der



SpVgg Grün-Weiß Deggendorf führte der Weg den 24-jährigen Defensivspieler früh in den Nachwuchsbereichen der SpVgg Greuther Fürth, bei der Bauer auch im Sommer 2018 seinen ersten Profivertrag unterschrieb. Insgesamt vier Jahre zählte er zur Profimannschaft des „Kleeblatt“ und kam dort sowohl in der Zweiten als auch der Ersten Liga zum Einsatz.

Nach dem Abstieg der Fürther aus dem Oberhaus begann auch für den Innenverteidiger mit dem Wechsel zum Bundesligisten FC Augsburg ein neues Kapitel.

Von dort zieht es Bauer, der in der deutschen U18-, U19- und U21-Nationalmannschaft auf insgesamt zwölf Einsätze

kommt, nun auf Leihbasis zu den Roten Teufeln, zu denen er die Erfahrung von 78 Bundesliga- und 44 Zweitligaspielen mitbringt.

„Maximilian hat sich dank harter Arbeit und seines Talents in den letzten Jahren enorm entwickelt und ist trotz seines jungen Alters schon jetzt ein erfahrener Bundesligaspieler. Wir glauben fest daran, dass wir mit ihm noch mehr Variabilität und vor allem Stabilität in unsere Defensive bringen und er eine Bereicherung für unseren Kader sein kann.“

Durch die kurzfristige Entwicklung auf dem Transfermarkt und den guten Austausch war schnell klar, dass für beide Seiten eine Win-Win-Situation entstehen kann“, kommentiert FCK-Geschäftsführer Thomas Hengen die Leihe von Bauer.

„Der 1. FC Kaiserslautern ist ein Verein mit großer Tradition und unglaublichen Fans, der im deutschen Fußball einfach ein großer Name ist. Deshalb freue ich mich sehr,



ein Teil davon sein zu dürfen. Darüber hinaus haben mich aber auch vor allem die Gespräche mit den Verantwortlichen überzeugt. Ich sehe hier die Möglichkeit, meine Entwicklung weiter voranzutreiben und Spielpraxis zu sammeln.

Ich freue mich auf eine erfolgreiche Zeit mit der Mannschaft“, begründet Maximilian Bauer seinen Schritt zum FCK.

Text und Foto: 1. FCK

André Becker wechselt auf Leihbasis nach Mannheim

MANNHEIM. Der SV Waldhof Mannheim hat sich in der letzten Woche des Transferfensters noch einmal in der Offensive verstärkt und den 28-jährigen Mittelstürmer An-



dré Becker bis zum Saisonende von Arminia Bielefeld unter Vertrag genommen. Er wechselt auf Leihbasis bis zum Saisonende zum SVW. Mit seiner Körpergröße von 1,97 m bringt der gebürtige Heidelberger ein neues Element mit in die Offensivabteilung des Mannheimer Traditionsvereins.

Insgesamt kommt André Becker auf 83 Drittligaeinsätze mit 20 Toren. Zuvor war der Deutsch-Brasilianer mit Astoria Walldorf in der Saison 2019/20 Torschützenkönig der Regionalliga Südwest und er-



zielte dort 20 Tore in 22 Spielen. In der aktuellen Saison erzielte André Becker zwei Tore im DFB-Pokal für Arminia Bielefeld und verhalf den Ostwestfalen dabei, den Einzug in das Viertelfinale zu erreichen. „Mit André bekommen wir einen neuen Spielertypen, den wir so in unserem Kader noch nicht hatten. Seine Phytoria soll uns dabei helfen, in der Box zu mehr Torchancen zu kreieren, aber auch Räume

für andere Spieler zu öffnen. Auch bei Standardsituationen erhoffen wir uns mit der Leihgabe von André ein Upgrade. Vom ersten Gespräch an, hat uns André mit seiner Motivation, hier für den SV Waldhof zu spielen vollends überzeugt. Wir freuen uns sehr, dass er ab sofort bei uns auf dem Platz steht“, so Anthony Loviso, Sportlicher Leiter des SV Waldhof Mannheim 07.

„Ich bin sehr dankbar für die Chance, hier unweit meiner Heimat für den SV Waldhof Mannheim auflaufen zu dürfen. Die aktuelle Situation ist keine einfache, dennoch bin ich von der Qualität der Mannschaft überzeugt. In das bestehende Mannschaftsgefüge möchte ich mich nun optimal einbringen und meine Position innerhalb des Teams finden“, so André Becker bei seiner Vertragsunterzeichnung.



Die TAGBLATT-Zeitungsbox

**links oder rechts offen
Farbe grau oder braun** Preis **2,50 €**

erhältlich in der Tagblatt-Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 70

ROMAN



Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 2021
Diogenes Verlag AG Zürich
www.diogenes.ch
400/217/652/1
ISBN 978 3 257 07115 3

Folge 32

Ich hätte ihn gern in den Arm genommen, der Knabe weckte ungeahnte mütterliche Gefühle in mir.

Allerdings traute ich mich nicht, mit einer körperlichen Geste meine Anteilnahme zu beweisen, ich lächelte ihn also nur verständnisvoll an. Schließlich stand ich aber auf und ging an den Herd, um nach dem Eintopf zu sehen und im Vorbeigehen ganz kurz über den erhitzten Nacken des Vortragskünstlers

zu streichen. Auch er wollte wohl das Thema wechseln und stellte anerkennend fest, es rieche hier verdammt appetitlich.

Mit dem Schöpflöffel entnahm ich eine Portion und ließ ihn probieren.

»Sellerie, Zwiebel, Petersilie, Lorbeerblätter, drei Markknochen, Lauch, Möhren und durchwachsenes Biofleisch köcheln jetzt schon zwei Stunden lang vor sich hin. An einem kalten Wintertag essen wir so eine kräftige Suppe besonders gern, meistens mit einer Scheibe Weißbrot. Man kann aber auch Nudeln oder Kartoffeln dazugeben. Später darf sich dann Europa mit den Knochen ein bisschen amüsieren. – Sollte ich vielleicht noch etwas kräftiger salzen?«

»Auf keinen Fall«, sagte Ruben. »Lorina, du hast mich angefixt! Jetzt kriege ich richtig Hunger!«

»Es ist genug da, den Rest hätte ich sowieso einfrieren müssen«, meinte ich und füllte einen großen Suppenteller für meinen spindeldürren Gast. Ruben aß fast andächtig und ziemlich langsam alles auf, wischte sogar noch den Teller mit einem Brocken Brot so sorgfältig aus, dass man ihn fast nicht mehr zu spülen brauchte.

Dann erzählte er mir, dass man in Jordanien einen Kochtopf aus Keramik ausgegraben habe, der etwa 6000 Jahre alt sei. Anhand kleinster Funde, nämlich Getreidesamen, Eierschalen und winziger Knochenstücke könne man sich ausmalen, was in früheren Zeiten so auf den Tisch gekommen sei.

»Sicher hat man schon damals auf ein gutes Essen Wert gelegt«, meinte er, »aber so himmlisch wie dein Eintopf hat es bestimmt nicht geschmeckt.«

Ich war gerührt und beschloss insgeheim, ihm fortan immer eine warme Mahlzeit anzubieten; Frau Alsfelder hätte wohl nichts dagegen, abgesehen davon würde sie es auch gar nicht bemerken.

Nadine grinste, als ich am nächsten Montag den restlichen Kartoffelgratin vom Sonntagabend in die Mikrowelle schob. Als Beilage wollte ich noch schnell ein Paar Würstchen warm machen.

»Hast ja recht, der Bub muss endlich was auf die Rippen kriegen«, meinte sie. »Aber es kommt mir fast so vor, als hättest du gestern in weiser Voraussicht schon eine größere Portion zubereitet.«

Sie hatte mich durchschaut, fand es aber ihrerseits völlig in Ordnung, den »mageren Buben« zu füttern. Allerdings hielt ich es nicht für fair, dass sie es bei der erst-

besten Gelegenheit unserer Arbeitgeberin steckte. Frau Alsfelder war jedoch nicht bloß einverstanden, sondern geradezu begeistert.

»Der Junge muss gepölpelt werden! Wachsen wird er zwar nicht mehr, aber er muss unbedingt kräftiger werden«, meinte sie. »Wie gut, Lorina, dass Sie die Sache in die Hand genommen haben! Sie sollten ruhig mal ein T-Bone-Steak für ihn braten, das mögen die Männer.«

Es machte uns allen Spaß. Am Montag und Freitag bekam unser Bub ein Mittagessen, am Mittwoch ein Abendmahl. Meine Planung wurde ein wenig komplizierter, obwohl mein Gast überaus genügsam war und ihm eigentlich alles schmeckte. Aber die Gerichte mussten entweder frühzeitig fertig oder gut aufzuwärmen sein.

Nachdem unser Kostgänger seit etwa zwei Wochen regel-

mäßig bei uns gemästet wurde, hörte ich meinen Namen, während ich gerade Frau Alsfelders Bad aufräumte. Sie telefonierte meistens mit Christian. Natürlich schlich ich direkt vor ihre Zimmertür und spitzte die Ohren.

»Man könnte es Bratkaroffelverhältnis nennen«, sagte Frau Alsfelder, »aber diesen Ausdruck kennt ihr ja gar nicht mehr. Es war eine wirklich gute Idee von Lorina, dem Jungen nach jedem Besuch einen Teller mit nahrhaftem Essen vorzusetzen...«

Sie brach ab, denn Christian schien Fragen zu stellen, auf die sie schließlich antwortete: »Ach, auf diese lästigen Übungen kann ich gern verzichten! Boris hat mich immer dazu gezwungen, doch ich mochte das langweilige Rumschlurfen mit dem Rollator überhaupt nicht. Wozu habe ich schließlich einen

Rollstuhl und die tatkräftige Lorina. Nein, ich lege gar keinen Wert darauf, wieder laufen zu lernen, sollen meine Muskeln ruhig in Rente gehen...«

Wieder schien Christian länger auf sie einzureden, und ich wollte mich gerade davonschleichen. Da begann Frau Alsfelder erneut, aber mit erregter Stimme zu reden: »Ja, ja, ich weiß doch, dass sie ein Recht auf Urlaub hat! Und ich ahne auch, dass sie Weihnachten bei ihrer Familie verbringen will, obwohl sie bis jetzt noch kein Wort darüber verloren hat.«

Sie hatte natürlich den richtigen Riecher. Meine Mutter hatte schon mehrmals angerufen, dass sie an den Feiertagen fest mit mir rechne. Same procedure as every year, hätte mein Vater gesagt.

Fortsetzung folgt

Kindernachricht des Tages

Katze wird zum Vielflieger



Foto: m.mphoto - stock.adobe

Mittens, eine Katze aus Neuseeland, wurde vor Kurzem ganz unfreiwillig zum Vielflieger und legte mehr als 7000 Kilometer zurück. Ihr Frauchen hatte den Umzug von Neuseeland nach Australien geplant und buchte für sich und ihre Familie einen Flug. Da durfte auch Mittens nicht fehlen. Weil Katzen aber nicht in die Kabine eines Fliegers dürfen, flog Mittens im Frachtraum mit. Nach der Landung wartete die Familie vergeblich auf Mittens, der aber nicht kam. Er wurde im Frachtraum übersehen und nicht ausgeladen – und flog wieder mit zurück nach Neuseeland. Nach seinem dritten Flug innerhalb von 24 Stunden kam er dann aber heil bei seiner Familie an. (kp)



Mehr Nachrichten für Kinder und alles über die Kinderzeitung „Kruschel“ gibt es auf www.kruschel.de

Ayleens Mörder: Neuer Prozess

GIESSEN (dpa). Rund 16 Monate nach dem Schuldspruch muss der Mörder der 14-jährigen Ayleen aus Baden-Württemberg ab kommende Woche erneut vor Gericht. Hintergrund des Prozesses, der am 3. Februar vor dem Landgericht Gießen beginnt, ist ein vorangegangener Beschluss des Bundesgerichtshofes (BGH). Dieser hatte die Verurteilung des Mannes wegen Mordes zwar für rechtskräftig erklärt, zugleich aber festgestellt, dass über die im ersten Prozess gegen ihn verhängte Sicherungsverwahrung neu entschieden werden muss.

Der mittlerweile 32-jährige Mann und Ayleen aus Gottenheim in der Nähe von Freiburg kannten sich aus sexualisierten Chats. Nach ersten Kontakten hatte der Deutsche die Jugendliche massiv bedrängt. Am 21. Juli 2022 hatte der Mann dann Ayleen in Gottenheim abgeholt, sie nach Hessen in ein Waldstück nahe Langgöns gebracht und dort getötet. Das Landgericht Gießen hatte den Mann unter anderem wegen Mordes, versuchter Vergewaltigung und Nötigung sowie wegen des Beschaffens kinderpornographischer Inhalte zu lebenslanger Haft verurteilt. Außerdem ordnete das Gericht Sicherungsverwahrung an.

Erleichterung nach dem Schock

PALMA (dpa). Ein Selfie mit erhobenen Daumen, eine erste Entlassung aus dem Krankenhaus: Nach dem schweren Unfall der deutschen Bahnrad-Nationalmannschaft auf Mallorca trudelten die ersten positiven Nachrichten ein. Alle sechs Radsportler schweben nicht in Lebensgefahr, bei einem schwerer verletzten Athleten erwägt der deutsche Verband German Cycling zur besseren Versorgung eine Verlegung nach Deutschland.

Von Christoph Driessen

BERLIN. Seit dem 1. Januar dieses Jahres werden sie geboren – Angehörige der Generation Beta. So heißt es jedenfalls in englischsprachigen Medien, die sich wiederum auf Demografen und Soziologen berufen. Auch in Deutschland wird diese Einteilung vielfach übernommen.

Die Betas sind demnach die nächste Alterskohorte bis etwa 2040. Ihre Vorgänger waren die Generationen Alpha und Z (oft Gen Z genannt). Aber wie seriös und sinnvoll sind solche Labels überhaupt?

„Es sind schon eher populärwissenschaftliche Kategorien“, sagt der Generationenforscher Rüdiger Maas, Autor des Buches „Konflikt der Generationen“. Der Soziologe und Jugendforscher Klaus Hurrelmann meint: „Die Einteilungen haben sich in Marketing und Werbung sehr stark eingebürgert, aber auch in der Wissenschaft.“

Ungefähr alle 15 Jahre tritt demnach eine neue Generation auf den Plan: Auf die zahlreichen und selbstbewussten Babyboomer folgte von 1965 bis 1979 die Generation X oder Generation Golf, geprägt von Zeiten hoher Arbeitslosigkeit.

Glaube an Generationen hat was von Sternzeichen

Dann kam die Generation Y, auch Millennials genannt, von 1980 bis 1994 oder auch je nach Einteilung bis Ende der 90er Jahre durchlaufend. Sie erlebte in ihrer prägenden Jugendphase erstmals nicht mehr den Ost-West-Konflikt, dafür aber die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Finanzkrise. Die von 1995 bis 2010 Geborenen wie-



Jetzt beginnt die Zeit der Betas

Es gab die Boomer, gefolgt von der Generation X, dann kamen Y, Z und Alpha. Was wird die neue Alterskohorte ausmachen?

derum gehören der Gen Z an, die in den letzten Jahren besonders häufig in den Schlagzeilen war – unter anderem deshalb, weil es ihr angeblich an guter deutscher Arbeitsmoral mangelt.

Natürlich haben die Einteilungen etwas Willkürliches – die Kinder, die seit dem 1. Januar geboren werden, unterscheiden sich nicht von denen, die Ende 2024 zur Welt kamen. „Das hat eher etwas von Sternzeichen“, meint Maas.

Unbestritten ist, dass es Generationenunterschiede gibt. Das zeigen schon ganz alltägliche Dinge: Die Älteren klingeln an Haustüren, anstatt eine WhatsApp-Nachricht zu schicken: „Stehe unten.“ Und sie telefonieren gern und häufig – statt Sprachnachrichten zu verschicken.

„Die Kernidee von Alterskohorten ist einleuchtend“, sagt Hurrelmann im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. „Kriege, Umwälzungen, technische Neuerungen hin-

terlassen Spuren in der Persönlichkeit von Menschen, und das gilt insbesondere für das Jugendalter, wenn Menschen für ihr ganzes Leben geprägt werden. Natürlich ist jeder einzigartig, aber es lassen sich eben doch auch viele Gemeinsamkeiten feststellen.“ So seien diejenigen, die um 2020 in der Pubertät gewesen seien, sehr stark von der Corona-Pandemie geprägt worden.

Studien zeigen, dass das zu einer erheblichen Verunsiche-

rung geführt hat. Man könnte geradezu von einer Generation Corona sprechen.“ Wobei man hier allerdings auch wieder beachten müsse, dass die Erfahrungen nicht für alle gleich gewesen seien: „Es spielt eine wahnsinnig große Rolle, ob ich die Corona-Pandemie in einem stabilen Elternhaus erlebt habe, wo die Eltern gut verdienten und auf Homeoffice umschalten konnten, oder ob ich Eltern hatte, die wirtschaftliche Probleme hatten und dadurch richtig

Bis Dezember 2024 Generation Alpha, seit Januar 2025 Generation Beta: Neugeborene gehören seit dem Jahreswechsel einer neuen Alterskohorte an.

Archivfoto: dpa

Frauen wollen jüngere Männer, Männer jüngere Frauen

Studie zu Ersttreffen potenzieller späterer Paare ergab ein eigentlich unlösbares Dilemma / Was führt zu dessen Auflösung?

DAVIS (dpa). Bei den meisten heterosexuellen Paaren ist die Frau jünger als der Mann. Doch in einer Studie zu Blind-Dates fanden Frauen wie Männer im Durchschnitt jüngere Menschen etwas anziehender als ältere. Dafür gaben 6.262 Menschen nach ihren Treffen, die von einer Partneragentur vermittelt worden waren, Auskunft über ihre Gefühle.

Die US-Studie analysierte die Vorlieben von Menschen, die einen Vermittlungsdienst auf der Suche nach einer langfristigen Partnerschaft genutzt hatten. Ihr Alter reichte von 22 bis 85 Jahre, im Schnitt waren es 46,8 Jahre. Da einige Teilnehmende mehrere Blind-Dates – also erstmalige Treffen – hatten, wertete das Team über 9.000 Fragebögen aus,

wie es in den „Proceedings“ der US-Nationalen Akademie der Wissenschaften („PNAS“) berichtet.

Bei ihrer ersten Hochzeit seien Männer einer UN-Erhebung zufolge weltweit im Schnitt etwa vier Jahre älter als Frauen, schreibt das Team. Forschende gingen bislang davon aus, dass dies die Vorliebe beider Geschlechter widerspiegelt: Männer wünschten sich jüngere Partnerinnen und Frauen ältere Partner. In Deutschland waren Frauen 2022 bei ihrer ersten Heirat im Schnitt 32,6 Jahre alt, Männer 35,1 Jahre, wie das Statistische Bundesamt berichtete.

Das Studienresultat zeigt ein etwas anderes Bild: „Nach einem Blind-Date waren die Teilnehmenden etwas mehr



Paar-Idylle bei Sonnenaufgang: Eine Studie zu Altersvorlieben der Geschlechter bei Ersttreffen brachte Erhellendes. Archivfoto: dpa

von jüngeren Partnern angezogen, und dieser Trend galt gleichermaßen für Männer und Frauen“, sagte Hauptautor Paul Eastwick von der University of California in Davis. Dies deutete darauf hin, dass Männer

und Frauen in einer Situation der ersten Annäherung jüngere Menschen ein wenig attraktiver finden – „ob es ihnen bewusst ist oder nicht“.

Das Resultat galt auch, wenn der Datensatz auf Blind-Dates

mit höchstens 40-jährigen Frauen beschränkt wurde. Das Einkommen des Mannes spielte für Frauen keine große Rolle. Ob die erste Anziehung in eine langfristige Beziehung mündete, wurde in der Studie jedoch nicht untersucht.

Männer und Frauen waren vor den Blind-Dates auch nach der Obergrenze des Alters für eine mögliche Partnerin oder einen möglichen Partner gefragt worden. Dabei nannten die Männer ein jüngeres Alter als die Frauen. Doch: „Die Menschen fühlten sich im Allgemeinen zu jüngeren Partnern hingezogen, dabei spielte es keine Rolle, ob der Partner unter oder über dem persönlichen Höchstwert des Teilnehmenden lag“, schreibt das Forschungsteam.

Doch wie sind die Ergebnisse angesichts der realen Altersunterschiede von Paaren zu erklären? „Es ist möglich, dass Frauen zunächst von jungen Männern angezogen werden, aber diese Paarungen von älteren Frauen und jüngeren Männern irgendwo zwischen einem ersten Date und der Beziehungsbildung eher verkümmern als andere, wenn die Nachteile der Jugend der Männer in den Vordergrund treten“, vermuten die Forscher.

Eine weitere Möglichkeit sei, dass bei der Beziehungsbildung bislang die Altersvorlieben der Männer und nicht die von Frauen bestimmend seien. So sei in Ländern mit weniger Gleichberechtigung der Altersunterschied zwischen Mann und Frau besonders groß.

LEUTE HEUTE

Zeit

US-Regisseur **Quentin Tarantino** (61) möchte sich mit seinem letzten Film auch wegen seiner Kinder Zeit lassen. „Nächsten Monat wird mein Sohn fünf Jahre alt, und ich habe eine zweieinhalbjährige Tochter“, zitierte das US-Magazin „Variety“ Tarantino, der mit seiner Familie in Israel lebt. Er wolle ungen für einen Dreh verreisen, wenn seine Kinder noch zu jung seien, um dies zu verstehen.



Quentin Tarantino

Fettnäpfchen

Macaulay Culkin (44, „Kevin – Allein zu Haus“) hat es sich beim ersten Treffen mit seiner heutigen Partnerin **Brenda Song** (36) erst gehörig verschert. „Ich würde sagen, sie war absolut nicht beeindruckt von mir“, erzählte Culkin der „Cosmopolitan“. Er habe versucht, über die Absetzung einer ihrer Sendungen zu scherzen, sagte Song dazu – „und ich fand das überhaupt nicht lustig“.



Macaulay Culkin/Brenda Song

Legende

Mehr als 45 Jahre nach seinem Welthit „Gloria“ räumt der italienische Pop- und Rockstar **Umberto Tozzi** (72) endgültig mit einer Legende auf. „Es gab nie eine echte Gloria. Es war einfach ein Wort, das in diesem musikalischen Riff fantastisch gut klang“, sagte Tozzi der Zeitung „Corriere della Sera“. In dem Klassiker von 1979 besingt Tozzi sehnsuchtsvoll eine Traumfrau namens Gloria.



Umberto Tozzi Fotos: dpa

BLICK ZURÜCK

1968: Diplomatische Beziehungen zwischen BRD und Jugoslawien

Am 29. Januar 1968 beschließen die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien in Paris die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. 1957 hatte die Bundesrepublik diese abgebrochen, weil Jugoslawien Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte. In der so genannten Hallstein-Doktrin war festgelegt: Diplomatische Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten wie Jugoslawien werden als „unfreundlicher Akt“ gegenüber der BRD betrachtet. Das Ziel war die außenpolitische Isolation der DDR.

Unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ab 1966 setzte sich die BRD für eine auf Entspannung abzielende Ostpolitik ein und näherte sich Jugoslawien wieder an. Zwei Jahre nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen besucht Staatspräsident Josip Broz Tito die Bundesrepublik und den seit 1969 amtierenden Bundeskanzler Willy Brandt.

1972: „Ein Kessel Buntes“ erstmals ausgestrahlt

Am 29. Januar 1972 wird erstmals die Sendung „Ein Kessel Buntes“ in der DDR ausgestrahlt. Anfangs moderieren „Die drei Dialektiker“ die Sendung. Das Kabarettisten-Trio besteht aus Horst Köbber, Lutz Stückrath und Manfred Uhlig. Schnell wird die Sendung mit wechselnden Moderatoren wie Helga Hahnemann und Wolfgang Lippert zum einem großen Erfolg. Die Sendung wird nicht nur in der DDR, sondern auch in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei ausgestrahlt. Aufzeichnungsorte sind unter anderem der Kulturpalast Dresden oder die Stadthalle Cottbus. Zunächst wird die Unterhaltungsshow in Schwarzweiß gesendet, ab der fünften Sendung jedoch in Farbe ausgestrahlt. Nach dem Ende der DDR läuft am 19. Dezember 1992 die letzte Sendung in der ARD.

1990: DDR beantragt Gaststatus für Europarat

Am 29. Januar 1990 beantragt die DDR den Sonderstatus als Gast im Europarat. Ziel ist die Teilnahme an den Debatten und die internationale Vertretung. Der Rat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wiederherzustellen und die Einhaltung der Menschenrechte in Europa zu sichern. Am 7. Mai wird der DDR der Gaststatus zuerkannt, Mitglied wird sie jedoch nie. Die BRD ist bereits seit 1950 Mitglied.

Willkommen, Generation Beta

Vom Babyboomer (links) bis zur Generation Alfa (Zweiter von rechts): Jede Alterskohorte hatte ihre Besonderheiten. Jetzt gibt es eine neue Gruppe. ▶ AUS ALLER WELT



Foto: Ljupco Smokovski; Pixel-Shot - stock.adobe

Bundestag stimmt über Merz-Pläne ab

An diesem Mittwoch berät das Parlament über die Verschärfung der Migrationspolitik / AfD will mit Union votieren

BERLIN (dpa). Seit ein ausreisepflichtiger Afghane mit möglicherweise psychischer Beeinträchtigung vergangene Woche in Aschaffenburg einen Jungen und einen Mann erstochen hat, dreht sich der Bundestagswahlkampf vor allem um das Thema Migration. Die Union will über Anträge für mehr Härte in der Asylpolitik an diesem Mittwoch im Bundestag abstimmen lassen, obwohl es eine Mehrheit nur mit der AfD geben dürfte.

Am Tag nach der Bluttat hatte Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) Verschärfungen des Einreise- und Aufenthaltsrechts gefordert. Als Kanzler würde er alle deutschen Grenzen dauerhaft kontrollieren und alle Versuche der illegalen Einreise zurückweisen lassen. Aufgegriffene Ausreisepflichtige müssten in Ausreise- oder Ausreisehaft genommen und schnell abgeschoben werden. „Kompromisse sind zu diesen Themen nicht mehr möglich.“

Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge kritisierte, Merz habe gezeigt, „was dafür spricht, dass er nicht Kanzler

der Bundesrepublik Deutschland wird“. Sie warf Merz unüberlegtes und unzuverlässiges Agieren vor. Sie wollte diese Aussage aber nicht als Absage an eine etwaige schwarz-grüne Koalition nach der Wahl am 23. Februar verstanden wissen.

An diesem Mittwoch soll über Unionsanträge für eine härtere Migrationspolitik abgestimmt werden. „Wir können uns von niemandem davon abhalten lassen, die Politik, die wir für richtig halten, auch in den Bun-

destag einzubringen“ und abstimmen zu lassen, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei (CDU). Die Union arbeite nicht mit der AfD zusammen. Wollte man Extremisten kleiner machen, müsse man die Probleme lösen. Mit AfD und BSW strebe man keine Mehrheit an, sondern rufe SPD und Grüne zur Zustimmung auf. Das Ergebnis der Abstimmung ist offen: Die FDP und das Bündnis Sahn Wagenknecht (BSW) wollen

nur einen Teil der Vorschläge mittragen.

Am Freitag will die Union zudem über das von ihr im September eingebrachte sogenannte Zustrombegrenzungsgesetz abstimmen lassen. Doch selbst im Fall einer Zustimmung dürfte mangels Unionsmehrheit im Bundesrat aus dem Gesetz nichts werden. Möglichkeiten für Kompromisse sieht man in der SPD laut Generalsekretär Matthias Miersch nicht. Die FDP will dagegen den Unionsanträgen zumindest am Freitag zustimmen. Fraktionschef Christian: „Wenn wir uns zu einem Unionsantrag verhalten, dann können wir es nicht von taktischen Spielchen der AfD abhängig machen.“ Die AfD will dem Zustrombegrenzungsgesetz zustimmen.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) mahnte seine Unionskollegen mit Blick auf die AfD: „Machen Sie nicht die Tür auf für eine in Teilen rechtsextreme Partei.“ In einem Brief warben die SPD-Ministerpräsidenten für eine Zusammenarbeit demokratischer Parteien

in der Sicherheitspolitik. Schweitzer sagte, Merz solle dem bereits im Dezember von SPD, Grünen und FDP vorgelegten Gesetz zur Verbesserung der Terrorbekämpfung zustimmen, dass die Union seinerzeit im Bundesrat blockiert habe.

„Machen Sie nicht die Tür auf für eine in Teilen rechtsextreme Partei.“

Alexander Schweitzer (SPD), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Die SPD warf Merz Absprachebruch vor. „Wir hatten nach dem Ende der Ampel-Koalition vereinbart, dass es keine Mehrheiten mit Hilfe der AfD geben soll. Jetzt ist ihm das wieder egal“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich. Kanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, die Union schlage faktisch die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl vor. „Das ist verfassungswidrig und lässt sich auch nicht einfach per Dekret verfügen.“



Jetzt soll der Bundestag entscheiden: Friedrich Merz am Dienstag zu Beginn einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion. Foto: dpa

Rückendeckung für Dänemark

Regierungschefin Frederiksen wirbt im Streit um Grönland um europäischen Zusammenhalt

KOPENHAGEN/BERLIN (dpa). Dänemark hat sich im laufenden Grönland-Streit mit US-Präsident Donald Trump Rückendeckung aus Deutschland geholt.

„Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden – to whom it may concern (an alle, die es betrifft)“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz während eines Besuchs der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen in Berlin. „Die Unverletzlichkeit von Grenzen ist ein Grundprinzip des Völkerrechts“, bekräftigte er. „Das Prinzip muss gelten für alle.“

US-Präsident Trump hatte zuletzt immer wieder Anspruch auf das zum Königreich Dänemark zählende Grönland erhoben. „Ich glaube, wir werden Grönland bekommen, weil es wirklich mit der Freiheit der Welt zu tun hat“, sagte er am Wochenende. Auch wirtschaftlichen und militärischen Zwang schloss er nicht aus. In Dänemark lösten diese Aussagen große Sorgen und eine diplomatische Offensive um Rückhalt unter europäischen Bündnispartnern aus.

Um sich dieser Rückendeckung zu vergewissern, flog Frederiksen

nun einen Tag lang durch Europa: Erst war sie am Morgen bei Scholz in Berlin, darauf bei Emmanuel Macron in Paris, später wollte sie Nato-Generalsekretär Mark Rutte in Brüssel besuchen. Bereits vor zwei Tagen hatte Frederiksen ihre nordischen Partner, die Regierungschefs von Finnland, Schweden und Norwegen, nach Kopenhagen eingeladen.

Die dänische Regierung kündigte vor diesem Hintergrund amerikanischer Drohungen erst am Montag an, die militärische Präsenz in der Arktis und im Nordatlantik mit drei neuen Schiffe für

die Gewässer rund um Grönland, weiteren Langstreckendrohnen und Satelliten zu verstärken – für fast zwei Milliarden Euro. „Wir brauchen ein stärkeres und entschlosseneres Europa, das zunehmend auf eigenen Füßen steht und in der Lage ist, die europäischen Interessen zu verteidigen und zu fördern“, sagte Frederiksen während ihres Besuchs in Berlin. „Es liegt an Europa, die Zukunft unseres Kontinents zu definieren, und ich denke, wir müssen mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen.“



Die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen versichert sich im Grönland-Streit der Solidarität von Bundeskanzler Olaf Scholz. Foto: dpa

Klinikreform wird „scharf gestellt“

BERLIN (dpa). Der umstrittene Umbau des Kliniknetzes in Deutschland soll jetzt konkret anlaufen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sagte, die Krankenhausreform werde scharf gestellt. Dafür sei eine Software entwickelt worden, mit der Behandlungsfälle den künftig geltenden Leistungsgruppen zugeordnet werden können. „Damit wird sichtbar, welche Klinik künftig noch welche Leistungen anbieten kann und abrechnen darf.“ Dies erzwingt eine dringend notwendige Spezialisierung. Die noch von der Ampel-Koalition beschlossene Reform soll finanziellen Druck auf die Kliniken mindern und komplexe Behandlungen in spezialisierten Häusern konzentrieren. Grundlage der Finanzierung durch die Kassen sind neue Leistungsgruppen. Sie sollen Klinikbehandlungen genauer beschreiben und einheitliche Qualitätsvorgaben bei Personal oder Behandlungserfahrung durchsetzen. Geplant ist, dass die Länder ihren Kliniken bis Ende 2026 die jeweiligen Leistungsgruppen zuweisen.

Berlin und der „Globale Süden“

BERLIN (dpa). Eine Expertenkommission mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft fordert von der nächsten Bundesregierung eine strategische Zusammenarbeit mit den Ländern des sogenannten Globalen Südens. Bilaterale Partnerschaften sollten über einen nationalen Sicherheitsrat koordiniert werden, heißt es in dem Bericht, den die Kommissionsvorsitzende und frühere Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer vorstellte. Eine Aufgabe sei der Aufbau einer Datenbank, in der Ansprechpartner, Projekte und geopolitische Analysen zu den einzelnen Ländern verwaltet werden sollen. So soll es mehr Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ministerien geben.

Informativ
Schifferstadter Tagblatt

Ein X für ein U vormachen?

Seriöse Nachrichten statt Fake News

In der Welt der Nachrichten zu Hause!
Das Tagblatt gibt es gedruckt oder digital.



Schifferstadter Tagblatt
Ihre Tageszeitung seit 1905!

KOMMENTARE



Migrationsdebatte: Wo bleibt die Vernunft?

Von Jens Kleindienst
jens.kleindienst@vrm.de

Eine Woche ist es her, dass ein wahrscheinlich psychisch kranker afghanischer Flüchtling in Aschaffenburg zwei Menschen mit dem Messer ermordet hat, darunter ein zweijähriges Kind. Dieses immer noch unfassbare Verbrechen hat den Bundestagswahlkampf komplett verändert – seitdem wird nur noch über Migration geredet. An diesem Mittwoch wird der Streit über die richtigen Antworten auf Aschaffenburg den Bundestag erreichen. Da gehört er auch hin. Trotzdem darf man sich vor dem Schlagabtausch zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und Oppositionsführer Friedrich Merz auch ein bisschen fürchten. Denn die viel beschworene parlamentarische Mitte fällt seit Tagen übereinander her, als gäbe es keinen Montag nach der Wahl. Am 24. Februar nämlich wird der Sieger sich mit dem einen oder anderen Verlierer an einen Tisch setzen müssen, um eine Regierung zusammenzukriegen. SPD und Grüne werfen Merz vor, er nutze die jüngste Bluttat für einen populistischen Feldzug auf dem Rücken von Migranten. Das ist zu billig. Man kann Merz nicht zum Vorwurf machen, dass er das Thema schneller und entschlossener aufgegriffen hat als der Kanzler und seine Innenministerin. Deren Reaktionen dokumentierten vor allem eines: Hilflosigkeit. Nicht Merz hat das verbreitete Gefühl von Überforderung und Kontrollverlust auf die Tagesordnung gesetzt, es waren die Täter von Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg. Als er in kerniger Manier sofortiges Handeln nach seiner Wahl zum Bundeskanzler versprach, mag Merz auch an die nächsten Umfragen gedacht haben. Er hat aber verhindert, dass die AfD einmal mehr alle anderen vor sich herreibt.

Beit der Brandmauer, also das Versprechen, mit der AfD keine Politik zu machen. Formal ist es keine Zusammenarbeit, wenn die Union es dem Spiel der Kräfte überlässt, ob ihre Anträge ohne Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommen oder nicht. Gleichwohl verschiebt Merz eine Grenze. Und er verstößt gegen die Vereinbarung aus dem Herbst, dass es nach dem Bruch der Koalition keine Mehrheiten mit der AfD geben soll. Merz hat nicht einmal den Versuch gemacht, mit SPD und Grünen über einen gemeinsamen Vorstoß ins Gespräch zu kommen. Auch muss er sich fragen lassen, warum die Union weiterhin ein ganzes Paket von migrations- und sicherheitspolitischen Maßnahmen im Bundesrat blockiert. Statt das zu machen, was geht, und sei es noch so unzureichend, fordert Merz von Rot-Grün Unterwerfung und wischt alle politisch-juristischen Bedenken – auch aus den Reihen der CDU-Ministerpräsidenten – beiseite. So treibt das Thema Migration die politische Mitte Deutschlands auseinander. Dabei kann es nur dort auf eine menschenwürdige und verfassungskonforme Art und Weise bearbeitet werden.



AfD-Verbot: Wanderwitz sollte Merz ein Beispiel sein

Von Aaron Niemeyer
aaron.niemeyer@vrm.de

Eine fraktionsübergreifende Gruppe von 124 Abgeordneten hat im Bundestag einen Antrag zur Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens eingebracht. Auch wenn der Antrag kaum erfolgreich sein wird, wolle man sich solidarisch mit jenen zeigen, die gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen, heißt es. Eingebracht hat den Antrag der sächsische CDU-Abgeordnete Marco Wanderwitz. Er ist ein leuchtendes Beispiel für einen konservativen Demokraten und es bleibt zu hoffen, dass sein populistischer Kollege Friedrich Merz sich ein Beispiel nimmt. Denn Wanderwitz hat recht, wenn er sagt: Ein AfD-Verbot ist alternativlos. Das Obergericht hat sich entschieden, dass es wieder einmal bestätigt: Die AfD ist großteils „gesichert rechtsextremistisch“. Viele Wählerinnen und Wähler scheint das nicht zu stören, die AfD liegt bei 20 Prozent. In Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung könnten die Werte steigen. Ob Merz' Finte rund um seinen Fünf-Punkte-Plan samt Anti-AfD-Klausel kurzfristig aufgeht, wird sich zeigen. Langfristig ist klar: Die AfD hat mit ihrer aggressiven Agitation gegen den Rechtsstaat Erfolg – und sie ist wirkmächtig genug, um diesen Erfolg einzusetzen. Diese zwei Punkte – aggressive Agitation und Wirkmacht – sind grundlegend für ein Verbot und sie sind gegeben, wie Wanderwitz richtig sagt. Er wird zusammen mit vielen AfD-kritischen Abgeordneten aus dem Bundestag ausscheiden – Merz hat beste Chancen, Kanzler zu werden. Die Aussagen des Kanzlerkandidaten zu einem AfD-Verbot sind widersprüchlich. Es bleibt zu hoffen, dass er echte konservativ-demokratische Werte im Sinne von Wanderwitz im Herzen trägt. Denn die Demokratie ist nur wehrhaft, solange es Demokraten gibt, die bereit sind, sie auch zu verteidigen.



Karikatur: Gerhard Mester

GASTKOMMENTAR

Alles wie in Weimar? Von wegen!

So mancher sieht uns auf dem Weg in die Diktatur / Es gibt aber viele ermutigende Zeichen gegen rechte Umtriebe

Von Christian Nürnberger

Seit Rechtsextremisten in den westlichen Demokratien wachsende Erfolge feiern, und vor allem, seit Donald Trump wieder im Weißen Haus mit seinen Federstrich-Dekreten regiert, gedeiht hierzulande ein Überbietungswettbewerb im Schwarzsehen. Für viele fährt der Zug unaufhaltsam in eine Endstation namens „Faschismus und Diktatur“.

Es sei alles wieder wie damals, während der Weimarer Republik, sagen die Kassandras, und meinen, die Zukunft aus dem Fahrplan von damals ablesen zu können: Zuerst kamen die Nazis durch freie Wahlen an die Macht, dann verhafteten sie ihre Gegner, brachten die Medien, Justiz und Gewerkschaften unter ihre Kontrolle, verboten die anderen Parteien, am Ende gab es Krieg, und die ersten Konzentrationslager wurden gleich nach der Machtübernahme gebaut. Ging alles ganz schnell, sagen sie. Genauso wird es wieder kommen.

Nein. Wird es nicht! Weil heute eben nicht alles genauso ist wie damals „in Weimar“. Da gibt es bedeutende Unterschiede.

So wichtig es ist, immer wieder an diese Zeit zu erinnern, so wichtig ist es, sich die Unterschiede zwischen damals und heute bewusst zu machen.

Zwar, es stimmt: Niederracht und Gemeinheit kriechen seit vielen Jahren aus ihren Löchern, und Hetze und Hass haben das tolerable Maß längst überschritten. Jüdische Menschen in Deutschland müssen sich wieder fürchten vor Antisemitismus und Gewalt, Geflüchteten schlägt heftige Ablehnung entgegen, Politiker:innen, Klinikpersonal, Feuerwehrleute und Polizeibeamte werden verbal und körperlich attackiert, und das vergiftete Klima, in dem das passiert, schlägt sich auch in Wahlergebnissen für rechtsextreme Parteien nieder, nicht nur bei uns, sondern weltweit. Alles richtig.

Trotzdem ist es falsch, heute von „Weimarer Verhältnissen“ zu sprechen. Und zwar deshalb, weil sehr viele Deutsche ihre Lektion gelernt haben, die einen mehr, die anderen weniger, manche gar nicht, aber insgesamt wissen doch die meisten genug, um nicht die Fehler von damals zu wiederholen. Die katastrophalen zwölf Jah-

re zwischen 1933 und 1945 mag ein Alexander Gauland als „Fliegenschiss der Geschichte“ sehen, die Mehrheit der Deutschen sieht es nicht so. Mitten

UNSER GASTAUTOR



„Die meisten wissen
genug, um nicht die
Fehler von damals
zu wiederholen.“

Christian Nürnberger
ist als freier
Publizist tätig
kommentar@vrm.de

in Berlin steht das große Mahnmal, das die demokratische Zivilgesellschaft keineswegs als „Mahnmal der Schande“ (Björn Höcke) empfindet. Schulklassen besuchen Gedenkstätten. Einheimische und

Touristen laufen über Stolpersteine. Sie können sich informieren in Museen, vor Gedenktafeln an Häusern, durch Dokus im Fernsehen und im Netz und mit Büchern in großer Zahl.

Das ganze erbärmliche Gehetze gegen Minderheiten, das damals die Köpfe vergiftet hat, ist heute auch wieder da, aber im Gegensatz zu damals verfügen wir heute über Gegengifte und machen davon auch Gebrauch: mit Aufklärung, Information und Faktenchecks in den Medien, auf Facebook, X und YouTube. Auch mit Wut und Protest gegen die rechtsradikalen Umtriebe. Wo immer die Hetzer rassistische, nationalistische oder antisemitische Sprüche klopfen, ernten sie Widerspruch und lautstarken Protest. Deshalb jammern sie ja so, dass man in Deutschland nicht mehr seine „Meinung“ sagen dürfe. Millionen Deutsche demonstrieren unterdessen unverdrossen gegen rechts mit Parolen wie „Nie wieder ist jetzt“ und „Wehret den Anfängen“.

Darauf antwortete jüngst Publizist Michel Friedman sarkastisch mit der Frage: „Welche Schulklassen besuchen Gedenkstätten. Einheimische und

schon, aber wirklich hilfreich ist dieser Sarkasmus nicht, denn wir sind eben nicht nur „mitten in den Anfängen“, sondern genauso mitten in der Gegenwehr, und diese wird entwertet, wenn man so tut, als gäbe es sie nicht oder wirkte nicht, und als geschähen die Angriffe auf Juden und die ganze rechtsextreme Terror im Einverständnis mit der Mehrheit der Deutschen.

Man kann das Engagement der Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus auch dadurch zum Erlahmen bringen, dass man ihr ständig vorhält, es sei alles zu wenig, es komme viel zu spät, es nütze eh alles nichts mehr, und sie habe schon wieder versagt. Man könnte stattdessen, wenigstens ab und zu einmal, die Anstrengungen, die unternommen worden sind und weiter unternommen werden, auch mal würdigen und die Menschen, die sich engagieren, auch mal ansprechen und ermutigen, weiterzumachen. Das wäre eine wirkungsvollere Bremse gegen das AfD-Wachstum als die fatalistische Behauptung: Kennen wir alles von „Weimar“ und wissen daher schon, wie es enden wird.

„Russland ist nicht aus dem Spiel“

Moskau stellt sich im Nahen Osten neu auf / Präsident Putin will seinen Einfluss in Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes retten

Von Thomas Seibert

DAMASKUS. Wenige Stunden nach der Flucht von Diktator Baschar al-Assad aus Damaskus im Dezember liefen fünf russische Kriegsschiffe und ein U-Boot aus dem Marinestützpunkt Tartus an der syrischen Mittelmeerküste aus. Tartus war seit den 1970er Jahren das Rückgrat der russischen Militäroperationen im Mittelmeer. Damit ist es jetzt vorbei. „Wenn Tartus verloren geht, bekommt Russland Probleme“, sagt der Istanbul-Sicherheitsexperte Yörük Isik.

Tartus und die weiter nördlich gelegene Luftwaffenbasis Hmeimim waren im jahrzehntelangen Bündnis zwischen dem Kreml und Assads Regime die Sprungbretter für russische Einsätze von Libyen bis Westafrika. Der Umsturz

in Syrien war ein schwerer Rückschlag für Präsident Wladimir Putin. Auch in Hmeimim begann im Dezember der russische Rückzug. Doch jetzt will sich Russland im Nahen Osten neu aufstellen. Am Dienstag traf eine hochrangige russische Delegation zu Gesprächen in Damaskus ein.

Viele Syrer sehen die Russen als Feinde, weil sie im Bürgerkrieg als Verbündete von Assad die Stellungen der Rebellen bombardierten. Syriens neue Herrscher kündigten den Vertrag mit einer Kreml-nahen Firma, die den zivilen Hafen in Tartus betrieb. Russische Handelsschiffe mussten abdrehen, Russlands Kriegsgegner Ukraine begann mit der Lieferung von Getreide und Mehl. Den Marinestützpunkt in Tartus kann Russland auch nicht mehr nutzen wie bisher.

Mit der Hilfe für Assad im Bürgerkrieg ab 2015 hatte Moskau gezeigt, dass Russland in der Region eine wichtige Rolle beansprucht. Seine Streitkräfte kontrollierten den Luftraum im westlichen Teil Syriens; im Osten haben die USA das Sagen. Mit dem Nato-Land Türkei entwickelte Putin eine enge Zusammenarbeit mit Präsident Recep Tayyip Erdogan. Obwohl Putin und Erdogan im syrischen Krieg auf verschiedenen Seiten standen, kooperierten sie so gut miteinander, dass im Westen die Sorge aufkam, die Türkei wende sich von ihren traditionellen Partnern ab. Diese Erfolge sind für Russland nun dahin. Ahmed Scharaa, der Chef der neuen syrischen Regierung, will aber nicht völlig mit Moskau brechen. Er erwarte zwar, dass Russland seine

Truppen abziehe, sagte er. Doch Syrien habe „tiefreichende strategische Interessen“, die das Land mit Russland verbinden. Syriens Armee erhält seit Jahrzehnten ihre Waffen aus Moskau. Der Aufbau neuer Streitkräfte wäre deshalb einfacher, wenn die Ausrüstung aus Russland käme. Zudem werden viele Kraftwerke des Landes von russischen Experten geleitet.

Sicherheitsexperte Isik vermutet: Für den Hafen von Tartus könnte ein neuer Vertrag geschlossen werden, der mehr Einnahmen für die syrische Seite garantiert; bisher erhalten die russischen Betreiber nach Medienberichten 65 Prozent der Gewinne.

Für den Fall, dass Russland auf mittlere Sicht aus Syrien verdrängt wird, arbeitet Moskau an Alternativen – so wur-

de vor Kurzem eine Strategische Partnerschaft mit dem Iran unterzeichnet. Als neuer Brückenkopf im östlichen Mittelmeer kommt das in zwei Teile gesplante Bürgerkriegsland Libyen in Frage, wo Russland gute Beziehungen zur Regierung im Ostteil des Landes unterhält. Auch die sudanesischen Hafenstadt Port Sudan am Roten Meer ist ein mögliches neues Standbein der russischen Marine. Zumindest einen Teil seiner Getreideausfuhren, die bisher nach Syrien gingen, kann Russland künftig nach Ägypten schicken: Kairo hat offenbar mehrere Hunderttausend Tonnen Weizen bestellt. Moskau bleibt also im Nahen Osten präsent. „Assad ist aus dem Spiel“, kommentierte die Nahost-Denkfabrik Washington Institute. „Russland ist es nicht.“

Mit angezündeten Kerzen zeigen die Menschen in Aschaffenburg ihre Trauer. Foto: dpa

DER FÜNF-PUNKTE-PLAN VON FRIEDRICH MERZ

► Konkret fordert die Union in ihrem Antrag, über den am Freitag der Bundestag beraten soll:

► **Dauerhafte Grenzkontrollen** zu allen Nachbarstaaten.

► **Einreiseverbot** für alle Personen, die keine gültigen Einreisepapiere besitzen, unabhängig davon, ob sie ein Schutzgesuch äußern oder nicht – die europäischen Nachbarstaaten seien bereits sichere Staaten für Verfolgte.

► **Inhaftierung** von Personen, „die vollziehbar ausreisepflichtig sind“, auch in leerstehende Kasernen und Containerbauten. **Abschiebungen** müssten „täglich stattfinden“, regelmäßig auch nach Afghanistan und Syrien.

► **Unterstützung für die Länder** beim Vollzug der Ausreisepflicht. Die Bundespolizei soll Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam beantragen können.

► **Ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder** sollen in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden könne.

„Wir können nicht automatisch davon ausgehen, dass in den anderen EU-Ländern die Menschenrechte gewahrt werden.“

Maximilian Pichl, Professor für Soziales Recht an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden

SOFORTMASSNAHMEN

► Außerdem will die Union einen zweiten Antrag zur Abstimmung stellen, der insgesamt 27 mögliche Sofortmaßnahmen zur inneren Sicherheit enthält. Unter anderem sind das:

► **Videoüberwachung in Echtzeit** mitsamt elektronischer Gesichtserkennung, Datenschutz bei der Speicherung von IP-Adressen lockern.

► **Stärkung der Nachrichtendienste**, Sicherheitsbehörden und der Justiz durch Ausweitung von Befugnissen, bessere Ausstattung und Personalaufbau.

► **Vereinfachung von Ausweisungen** straffälliger Asylbewerber und Schutzsuchender, bei schweren Straftaten und auch bei Freiheitsstrafen auf Bewährung.

► **Der verpflichtende Rechtsbeistand** für Ausreisepflichtige in Abschiebegewahrsam soll abgeschafft werden.

► **Sozialleistungen** sollen nach dem Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ reduziert werden.

Lassen sich die Merz-Pläne zur Migration überhaupt umsetzen?

Nach der Tat von Aschaffenburg fordert die Union dauerhafte Grenzkontrollen und Abschiebehaft für alle Ausreisepflichtigen. Geht das? Ein Wiesbadener Rechtsprofessor ist skeptisch.



WIESBADEN. Dauerhafte Grenzkontrollen, Einreiseverbot für Schutzbedürftige ohne gültige Papiere, Abschiebehaft für Ausreisepflichtige – die Forderungen von Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) nach der tödlichen Messerattacke in Aschaffenburg dominieren seit Tagen die Migrationsdebatte. SPD und Grüne werfen dem Kanzlerkandidaten der Union vor, die „Brandmauer“ nach Rechtsaußen infrage zu stellen, weil er im Bundestag die Zustimmung der AfD bewusst in Kauf nehme. Derweil diskutieren Juristen darüber, ob der Fünf-Punkte-Plan von Merz überhaupt mit EU-Recht vereinbar wäre. Der Wiesbadener Jurist und Migrationsexperte Maximilian Pichl formuliert Bedenken.

INTERVIEW

Herr Professor Pichl, Friedrich Merz und die Union wollen dauerhafte Grenzkontrollen einführen, um die Einreise von Flüchtlingen nach Deutschland zu stoppen. Wäre das mit EU-Recht vereinbar?
Das geltende EU-Recht verbietet solche systematischen und permanenten Grenzkontrollen, das hat der Europäische Gerichtshof auch mehrfach bestätigt.

Mit welcher Argumentation?
Nach den Verträgen haben wir ein Europa offener Binnengrenzen. Wenn die Staaten immer wieder neue Gründe für Kontrollen vorschreiben könnten, wäre ein zentrales Element Europas, nämlich die Möglichkeit der Bewegungsfreiheit, dauerhaft ausgehebelt.

Es gibt Juristen, die sagen, Deutschland könne sich auf eine Notlage berufen.
Die ganz überwiegende Mehrheit der Migrations- und Verfassungsrechtler in Deutschland sieht diese Möglichkeit nicht. Die EU-Verträge

kennen einen Notlagen-Mechanismus für den Fall, dass der Bestand der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet ist. Das wäre zum Beispiel eine gravierende, systematische Beeinträchtigung der Inneren Sicherheit, durch die der Mitgliedsstaat an seine Grenzen kommt und sein Zusammenbruch droht.

Merz und die Union verweisen darauf, es seien zu viele Menschen nach Deutschland gekommen, die Kommunen seien überfordert, es gebe eine erhebliche Ausländerkriminalität. Das reicht nicht für die Ausrufung einer Notlage?

Nein. Was wir in Deutschland erleben, ist weit entfernt von dem, was im Europarecht vorgesehen ist. Der Europäische Gerichtshof hat erst 2022 Österreich in die Schranken gewiesen und verboten, eigenständig eine solche Notlage auszurufen. Es kann auch nicht sein, dass in einem vereinten Europa jeder sein eigenes Süppchen kocht und an den europäischen Institutionen vorbei beschließt, seine Grenzen dichtzumachen.

Aber passiert das nicht bereits in einigen Ländern? Warum soll Deutschland es nicht auch tun?

Es gibt Regeln in der EU, wie Konflikte entschieden werden.

Nur weil einige EU-Staaten zum Teil mit Vorsatz Recht brechen, sollte sich Deutschland daran kein Beispiel nehmen.

Das Problem, dass die EU-Außengrenzen nicht genügend geschützt werden und deshalb der Druck im Innern immer weiter steigt, sehen Sie nicht?

An den Außengrenzen wurde in den vergangenen Jahren bereits erheblich aufgerüstet. Menschen können nicht einfach so nach Europa kommen, es gibt viele Tote im Mittelmeer, es gibt eine massive Kriminalisierung. Deshalb sind die Asylzugangszahlen auch erheblich gesunken. Eine Notlage lässt sich aus der Entwicklung an den Außengrenzen jedenfalls nicht konstruieren.

Eine weitere Forderung der Union ist ein generelles Einreiseverbot für Personen ohne gültige Dokumente, auch wenn sie ein Schutzbedürfnis an der Grenze äußern. Ist das mit dem deutschen Grundrecht auf Asyl vereinbar?

Das Grundrecht auf Asyl spielt hier keine Rolle mehr, es ist seit den 2000er Jahren überwölbt von europäischem Recht. Die Debatte über Zurückweisungen führen wir seit 2015, die Argumente haben sich im Grunde nicht verändert.

Das heißt?

Wer an der deutschen Außengrenze ankommt und um Schutz bittet, kann nicht einfach zurückgeschoben werden. Deutschland muss prüfen, wer in der EU für die Person zuständig ist, wo also das Asylverfahren stattfinden muss – und ob nicht gegebenenfalls Deutschland zuständig ist, weil die Person vorher in einem EU-Staat war, in der Menschenrechtsverletzungen drohen. Das kann man nicht in fünf Minuten an der Grenze prüfen und entscheiden.

Und deshalb muss laut EU-Recht die Einreise ermöglicht werden?

Ja. Die Person ist anzuhören, bevor entschieden wird, welcher Staat nach dem Dublin-Verfahren zuständig ist – das ist im Übrigen nicht immer das Land, aus dem die Person gerade kommt.

Wer in Deutschland auf dem Landweg anklopft, kommt doch immer aus einem Land der Europäischen Union oder der Schweiz. Dort werden die Menschenrechte nicht gewahrt?

Es gibt EU-Länder, die sich nicht an die vereinbarten Regeln halten, zum Beispiel Ungarn. Dagegen geht die EU-Kommission auch vor. Das zeigt: Wir können nicht automatisch davon ausgehen, dass in den anderen EU-Ländern die Menschenrechte gewahrt werden.

Die CDU möchte Personen, die „vollziehbar ausreisepflichtig sind“, inhaftieren. Wäre das verhältnismäßig?

Es wäre schon deshalb unverhältnismäßig, weil der Vorschlag in die Richtung geht, das auch unbefristet zu tun. Das kennt unsere Rechtsordnung gar nicht und würde sie aufspalten. Denn dann gäbe es Menschen, für die unsere Grundrechte vollständig gelten, und eben solche, bei denen wir eine Entrechtung vornehmen.

Außerdem soll nach dem Willen von Friedrich Merz die Bundespolizei Haftbefehle für Abschiebehaft beantragen können. Bisher sind dafür die Staatsanwaltschaften zuständig. Was halten Sie davon?

Schon heute kann die Bundespolizei das in bestimmten Ausnahmefällen an der Grenze tun, für die sogenannte Zurückweisungshaft. Herr Merz will der Bundespolizei aber insgesamt mehr Befugnisse geben. Das führt an den Grundfesten unseres Bundesländer-Verhältnisses. Wir wollten bisher keine zentralistische, mächtige Polizei haben, sondern haben ein Gleichgewicht zwischen den Ländern und einer Bundespolizei mit klar definierten Aufgaben. Dafür gibt es gute Gründe.

Würde eine neue Bundesregierung nach der Bundestagswahl vom 23. Februar die Maßnahmen dennoch beschließen – was würde danach passieren?

Friedrich Merz beruft sich auf die Richtlinienkompetenz des Kanzlers und will es in fast schon trumpfischer Manier gleich am ersten Tag machen. Das geht aber überhaupt nicht.

Warum?

Wir kennen in Deutschland keine „Executive Orders“ eines mächtigen Präsidenten. Für vieles von dem, was Herr Merz will, braucht er eine Änderung des Grundgesetzes und eine Änderung der Europäischen Verträge. Dafür benötigt er breite Mehrheiten. Und selbst wenn es die gäbe, könnten Menschen dagegen klagen. Wir haben aus guten Gründen Kontrollmechanismen in unserer Verfassung implementiert. Darüber kann man sich als vermeintlich „starker Mann“ nicht einfach hinwegsetzen.

Das Interview führte Jens Kleindienst.



MAXIMILIAN PICHL

Maximilian Pichl, 1987 in Bad Kreuznach geboren, ist seit 2023 Professor für Soziales Recht als Gegenstand der Sozialen Arbeit an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden. Schwerpunkte von Pichls Forschung sind kritische Rechtstheorie, Flüchtlings- und Migrationsrecht sowie Polizeirecht.

Foto:Pichl

„Es kann nicht sein, dass in einem vereinten Europa jeder sein eigenes Süppchen kocht und an den europäischen Institutionen vorbei beschließt, seine Grenzen dichtzumachen.“

Maximilian Pichl, Professor für Soziales Recht an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden



Unionskanzlerkandidat Merz will mit Bundestagsanträgen eine härtere Migrationspolitik erreichen. Foto: dpa

Angriffe auf Botschaften im Kongo

NAIROBI/KINSHASA (dpa). Demonstranten haben in der Demokratischen Republik Kongo nach Angaben der kenianischen Regierung auch afrikanische Botschaften angegriffen. Betroffen seien die Botschaftsgebäude von Kenia, Südafrika und Uganda in der Hauptstadt Kinshasa, sagte der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Korir Sing'oei. Auch Botschaftspersonal sei angegriffen worden. Der kongolesische Polizeibeamte Felix Mwisa sagte, die Botschaft Ruandas sei ebenfalls angegriffen und geplündert worden. Zudem wurden am Dienstag die Botschaften von Frankreich, Belgien und der Niederlande angegriffen. Die Proteste seien durch den aktuellen Angriff der Rebellengruppe M23 auf die Stadt Goma im Osten des Landes ausgelöst worden, so Sing'oei.

Netanjahu von Trump eingeladen

JERUSALEM (dpa). Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu will nach Angaben seines Büros kommende Woche US-Präsident Donald Trump im Weißen Haus treffen. Trump habe ihn für den 4. Februar eingeladen, hieß es in einer Mitteilung. Das Weiße Haus hat das Treffen noch nicht bestätigt. Netanjahu könnte damit der erste Regierungschef aus dem Ausland sein, den Trump als Präsident empfängt. Das stellte auch Netanjahus Büro in der Mitteilung heraus. Eine solche Einladung direkt zu Beginn der Amtszeit Trumps ist eine starke Geste der Unterstützung für den rechten Ministerpräsidenten, der wegen der Kriegsführung im Gazastreifen international stark in die Kritik geraten ist. Die USA sind der wichtigste Verbündete Israels.

Neuer Name für Golf von Mexiko

MOUNTAIN VIEW (dpa). Nach der Umbenennung des Golfs von Mexiko durch die US-Regierung in „Golf von Amerika“ hat Google für seinen Kartendienst eine entsprechende Änderung angekündigt, sobald sie offiziell ist. „Wir haben eine langjährige Praxis, Namensänderungen zu übernehmen, wenn sie in offiziellen Regierungsquellen aktualisiert wurden“, teilte das Unternehmen mit. In den USA wäre dies der Fall, sobald sich Namen in der Datenbank „Geographic Names Information System“ ändern. Sollten sich Namen zwischen einzelnen Ländern unterscheiden, sähen die Nutzer jeweils den offiziellen lokalen Namen.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Gescheitert am Hindukusch

Enquete-Kommission legt Abschlussbericht vor zur Frage, was beim deutschen Engagement in Afghanistan schiefgelaufen ist

Von Mey Dudin

BERLIN. Fast 20 Jahre war die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz. Insgesamt waren rund 93.000 Soldatinnen und Soldaten am Hindukusch, 59 sind dort gefallen. Auch drei Bundespolizisten und vier Mitarbeiter deutscher Hilfsorganisationen verloren ihr Leben. Eine Enquete-Kommission aus Abgeordneten und Sachverständigen kommt zu einem ernüchternden Ergebnis.

Warum wurde die Bundeswehr nach Afghanistan geschickt?

Der Afghanistan-Einsatz begann nach den Terroranschlägen der Terrororganisation Al-Kaida vom 11. September 2001 gegen die USA. Die Nato rief damals zum ersten Mal den Bündnisfall aus. Der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) sicherte den USA die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zu. Afghanistan geriet in den Fokus, weil die dort herrschenden Taliban den Anführer der Al-Kaida, Osama bin Laden, nicht ausliefern wollten.

Zu welchem Schluss kommt die Enquete-Kommission?

Das 22-köpfige Gremium ist zum Ergebnis gekommen, dass „Deutschland gemeinsam mit seinen internationalen Partnern in Afghanistan strategisch gescheitert ist“. Im Zwischenbericht wurde bereits betont: „Der multinationale Einsatz ging einher mit einer hohen Zahl an menschlichen Opfern und enormen Kosten.“ Zugleich ist von



Zwei Soldaten der Bundeswehr gehen im Oktober 2013 durch das Feldlager im afghanischen Kundus.

Archivfoto: dpa

„Teilerfolgen“ die Rede. So hätten sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Fortschritte wurden auch für den Bereich Infrastruktur sowie im Gesundheits- und Bildungswesen festgestellt. Es folgt ein großes Aber: „Durch die Rückkehr der Taliban an die Macht haben sich diese jedoch als nicht nachhaltig erwiesen.“

Was sind die Lehren daraus?

Damit künftige Einsätze besser laufen, gibt es in dem vorgelegten, mehr als hundertseitigen Abschlussbericht 72 Empfehlungen. „Zukünftige Engagements bedürfen einer

ausformulierten Strategie, die klare, überprüfbare und realistische Ziele benennt und beabsichtigte Wirkungen definiert“, lautet die erste Empfehlung. Obfrau Derya Türk-Nachbaur (SPD) sagte dem Berliner Büro dieser Zeitung zudem, dass künftig Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung stärker verzahnt werden müssten. „Was wir nicht brauchen: Ministerien, die nebeneinander arbeiten.“ Empfohlen wird auch ein Lagezentrum am Bundeskanzleramt für die tagesaktuelle Analyse und Bewertung sicherheitsrelevanter Entwicklungen. Zudem brau-

et: „Internationales Krisenmanagement sollte realitätsnah, ungeschönt und glaubhaft von der strategischen bis zur Umsetzungsebene kommuniziert werden.“ So hat das Gremium festgestellt, dass die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan erstmals in einem umfassenden Krieg standen, dieser Begriff aber „im deutschen politischen Diskurs lange vermieden wurde“. Ein anderer Umgang mit Ortskräften wird ebenfalls angemahnt: „Deutschland erwies sich als nicht ausreichend vorbereitet auf den Schutz der im Land zurückgebliebenen Ortskräfte und ihren Angehörigen“,

Welche weiteren Lehren wurden gezogen?

Für eine bessere Kontrolle durch das Parlament wird ein eigenständiger (Unter-)Ausschuss zur Kriseneinsätzen vorgeschlagen. Außerdem wird ein „Geber-Register“ empfohlen, damit nicht unkoordiniert Gelder ins Land fließen. Nach Erkenntnissen der Kommission entstanden dadurch Abhängigkeiten, Korruption wurde begünstigt. Eine weitere Empfehlung lau-

DIE KOMMISSION

► **Auf Französisch bedeutet „Enquete“ Untersuchung.** Eine solche Kommission wird auf Antrag eines Viertels der Abgeordneten eingesetzt. Um „Lehren aus Afghanistan“ zu ziehen, hat das Gremium im September 2022 die Arbeit aufgenommen. Im Februar 2024 wurde bereits der Zwischenbericht vorgelegt. Nicht zu verwechseln ist die Kommission mit dem Afghanistan-Untersuchungsausschuss, der sich vor allem mit dem jähren Abzug und dem Schicksal der Ortskräfte beschäftigt hat.

heißt es mit Blick auf den überstürzten Abzug internationaler Truppen.

Woran ist das Engagement außerdem gescheitert?

Im Grunde wurde der Einsatz schon von Anfang an falsch konzipiert. Die Taliban militärisch zu bekämpfen, statt sie einzubinden, sieht die Kommission als „Ursünde“ des Engagements. Auch das Ziel, einen demokratischen Staat aufzubauen, stieß demnach in dem Land, in dem die meisten Menschen „unter Staat in erster Linie die Herstellung einer politischen Ordnung im Namen Allahs“ verstehen, von Anfang an auf Gegenwehr. Das Gremium empfiehlt, vor einer Einsatzentscheidung künftig ein „realistisches politisch-militärisches Lagebild und Konfliktverständnis“ zugrundezulegen.

Fotos, die unter die Haut gehen

„Ein Album aus Auschwitz“ zeigt den Schrecken des Konzentrationslagers aus der Perspektive der SS

Von Andreas Müller

GÖTTINGEN. Am 27. Januar 1945 wurden die letzten des 1940 eröffneten KZ-Lagers in Auschwitz zurückgelassenen Gefangenen von der Roten Armee befreit. Alle noch marschfähigen Juden aus dem Hauptlager und den zahlreichen Außenlagern, etwa 60.000 Menschen, wurden in den Wochen zuvor, als der Zusammenbruch der Ostfront unter dem Offensivdruck der Russen immer klarer war, von der SS auf die berüchtigten „Todesmärsche“ nach Westen gejagt.

Man sieht den Opfern ihre Menschlichkeit an

Am Tag der Übernahme durch die 322. Infanteriedivision der Sowjets waren noch etwa 7000 Überlebende in Auschwitz. Insbesondere seit 1942, als die schlimmste, im Sinne größtmöglicher Vernichtungseffizienz nach industriellem Vorbild organisierte „Vernichtungsfabrik“ Birkenau 1942 in Betrieb genommen worden war, fielen dem genauso verbotenen wie idiotischen, rassenwahnsinnigen Antisemitismus deutlich über eine Millionen Menschen zum Opfer. Zu etwa 90 Prozent waren es Juden, aber auch „Politische“, Homosexuelle und andere Minderheiten – auf die heute von Rechtsaußen schon wieder so fanatisch verbal wie real eingedroschen wird.

Zum 80. Jahrestag kommt ein großformatiger Fotoband gerade zum richtigen Zeitpunkt neu gestaltet heraus: Er sollte in keiner Schul-, keiner Stadt-, keiner Uni-, überhaupt keiner öffentlichen Bibliothek



Vom Schicksal gezeichnet: die Opfer des Konzentrationslagers Auschwitz.

Foto: Wallstein Verlag

fehlen und in möglichst vielen Haushalten zugänglich sein. Seine besondere Qualität besteht in der Intensität der Fotos, die „unter die Haut gehen“. Sie machen aus den anonymen Todesziffern wieder Menschen, also Individuen, denen man in ihren Gesichtern, ihrer Haltung nicht nur ihre Gequältheit, ihre Verzweiflung, ihre Todesangst ansieht, sondern vor allem ihr menschliches Wesen.

Wer mit den hier fotografierten Menschen – alles ungarische Juden, Kinder, Alte, Männer und Frauen aus der großen Deportation im Jahr 1944 – nicht das allergrößte Mitleid empfindet, provoziert größte Zweifel an der eigenen Menschlichkeit. Umso bezeichnender für die totale ideologische Verblendung des Nazi-Rassenwahns – und dessen inhumanen Folgen – ist es, dass alle diese Fotos von

zwei SS-Fotografen gemacht worden waren: weil sie voller Stolz demonstrieren und dokumentieren wollten, wie erfolgreich ihre Mordfabrik funktioniert und welche persönliche Macht sie und ihr SS-Ordnung innerhalb dieser Maschinerie hatten.

Den Begleittexten der drei Autoren Tal Bruttmann, Stefan Hördler und Christoph Kreuztmüller kann man alle Hintergründe und Zusammenhänge der „Ungarn-Aktion“ und zum Erhalt des Fotoalbums entnehmen. Mit der nötigen Akkuratess, vor allem aber Sensibilität analysieren sie die Abfolge der Fotos, treffen Zuordnungen und ermöglichen den Lesern weiterführende Einblicke. Sie beleuchten aber auch die wichtigsten Täter – von denen es ebenfalls Fotos in bezeichnenden „Herrenmenschen“-Posen gibt. Dieser Band ist ein unver-

zichtbares Dokument, dessen Eindringlichkeit weit über den Jahrestag der Auschwitz-Befreiung hinaus Bestand haben wird und der den „Auschwitz-Lüge“-Parolen der Ultra-Rechten die passende Antwort erteilt. Vielleicht könnte der eine oder die andere anhand dieser Dokumente Zweifel an der eigenen Verblendung bekommen.



► Tal Bruttmann, Stefan Hördler, Christoph Kreuztmüller
Ein Album aus Auschwitz – Die fotografische Inszenierung des Verbrechens
Wallstein Verlag, 304 Seiten, 38 Euro

AfD-Verbot kommt ins Parlament

Ob über den fraktionsübergreifenden Antrag noch vor der Wahl abgestimmt wird, ist ungewiss

Von Mey Dudin

BERLIN. Ende der Brandmauer oder AfD-Verbot: Im Bundestag stehen in dieser Woche Initiativen an, die in beide Richtungen führen könnten. Denn während Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) die Zustimmung der AfD zu Abstimmungsvorlagen der Union für eine verschärfte Migrationspolitik billigend in Kauf nimmt, machen sich mehr als 100 Abgeordnete fraktionsübergreifend für die Einleitung eines Verbotverfahrens gegen die in Teilen rechtsextreme Partei stark.

Die Abgeordnetengruppe um den sächsischen CDU-Politiker Marco Wanderwitz will erreichen, dass das Parlament ein solches Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einleiten lässt. Am Donnerstag soll ihr Antrag in erster Lesung beraten werden. Für Wanderwitz ist das auch ein persönliches Anliegen: Ebenso wie seine Lebensgefährtin, Vize-Bundestagspräsidentin Yvonne Magwas, kandidiert er nicht mehr für den Bundestag. In einem Interview mit der „Freien Presse“ sagte er dazu: „Die Angriffe der brutalen Schreihälse sind immer heftiger geworden. Wir haben es als Zivilgesellschaft nicht geschafft, den Abgeordneten den Rücken zu stärken.“

Der Bundestag ist neben Bundesregierung und Bundesrat ein von drei Verfassungsorganen, das ein Verbotverfahren anstoßen kann. Ziel der Abgeordneten ist, dass das Gericht die Verfassungsgewir-

keit der AfD feststellt. Hilfsweise soll von Karlsruhe festgestellt werden, dass die AfD von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen wird.

Zur Abstimmung über den Antrag dürfte es wegen der vorgezogenen Bundestagswahl wohl nicht mehr kommen. Nach dieser Woche ist nur noch eine auf zwei Tage verkürzte Sitzungswoche im Februar vorgesehen. Ob der Antrag überhaupt Chancen auf eine Mehrheit unter den 733 Mandatsträgern im Bundestag hätte, ist offen. So haben sich Spitzenpolitiker wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und CDU-Chef Merz bereits skeptisch geäußert.

FDP-Innenpolitikerin Linda Teuteberg sagte, sie halte den Vorstoß „für politisch unklug und juristisch riskant“. Die AfD müsse endlich ernsthaft politisch gestellt werden. „Ansonsten sphenkar man ihr eine weitere Opferrolle für den Bundestagswahlkampf.“ Sie wies darauf hin, dass die nötigen Quellen wie tatsächliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, um die Erfolgsaussichten zu bewerten, den Abgeordneten gar nicht vollständig vorlägen. „Es gibt gute Gründe, weshalb die wenigen Verbotverfahren, die es bisher gab, aus der Exekutive von Bundesregierung und Bundesrat beantragt wurden.“

Im Bundestag wird noch ein zweiter Antrag diskutiert werden: Eine Gruppe Grünen-Abgeordneter spricht sich dabei zunächst für ein Gutachten aus, um die Erfolgsaussichten eines Verbots zu bewerten.

Ja zu digitaler Abrechnung

ERFURT (dpa). Arbeitnehmer sollten sich nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts auf einen verstärkten Trend zu elektronischen Gehaltsabrechnungen einstellen.

Die Frage lautete: Dürfen Gehaltsabrechnungen und andere Personaldokumente ausschließlich elektronisch verschickt werden können (9 AZR 48724).

SAP legt weiter zu

WALLDORF (dpa). Europas größter Softwarehersteller SAP hat auch im Schlussquartal 2024 vom Umstieg seiner Kunden auf Cloudsoftware profitiert.

Steiniger Weg vom Verbrenner zum Stromer

Der Boom des Elektroautos in Deutschland scheint schon wieder vorbei zu sein – ein Überblick

Von Christof Rührmair und Marek Majewsky

MÜNCHEN/BERLIN. Der Boom des Elektroautos in Deutschland scheint gerade schon wieder vorbei zu sein. Die Absätze sind eingebrochen, viele Menschen wollen auch in Zukunft mit Benzin und Diesel fahren und selbst das Verbot, ab 2035 in der EU neue Verbrenner zu verkaufen, wackelt.

Wie ist die Ausgangssituation?

Nach einigen von staatlicher Förderung beflügelten Boomjahren sind die Elektroauto-Neuzulassungen in Deutschland vergangenes Jahr eingebrochen. Ihr Anteil an den Neuzulassungen lag 2024 laut Kraftfahrt-Bundesamt bei 13,5 Prozent.

Wie stehen die Verbraucher zum Wandel?

Zurückhaltend: 38 Prozent der für den neuen DAT Report befragten Autofahrer können sich einen Umstieg auf ein BEV vorstellen. Aber der Wert sinkt: Vor drei Jahren waren es noch 46 Prozent.



Ein Elektrofahrzeug an der Ladesäule: Die Deutschen blicken skeptisch auf die rein batteriebetriebenen Modelle. Der gute alte Verbrenner bleibt beliebt. Ob das so bleibt, hängt von vielerlei Faktoren ab.

gefahren sind, können sich 52 Prozent einen Umstieg vorstellen. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass es auch passiert: Von denen, die tatsächlich einen Neuwagen gekauft haben, haben nur 23 Prozent einen reinen Stromer in Erwägung gezogen.

Wo liegt das Problem?

Gegen den Kauf eines Stromers sprachen für Neuwagenkäufer laut DAT Report vor allem die Infrastruktur, begrenzte Reichweite,

Anschaffungskosten und Ladezeiten. Allerdings nennen die Verbraucher auch Gründe gegen Verbrenner: Die Lust auf eine neue Technologie, dass ein Stromer zu ihrem Mobilitätsbedarf passe und den Umweltgedanken.

„gerade in den günstigeren Segmenten. Da brauchen wir Einstiegsmodelle“, betont er. Der Wegfall der Kaufprämie jedenfalls habe die Kunden „komplett verunsichert“ und außerdem sei das öffentliche Laden viel zu teuer.

Wie geht es weiter?

Ganz am Anfang könnte ein kurzer Boom stehen. Weil Autohersteller BEV-Neuzulassungen aus dem Jahr 2024 nach 2025 verschoben haben, um bei den zum Jahresbeginn verschärften

CO2-Flottengrenzwerten besser dazustehen, erwarten Experten zum Jahresbeginn einen Schub bei den Neuzulassungen. Doch danach wird es schwierig. Zwar werde sich bei der Modellpalette etwas tun, sagt Peckruhn „wirklich helfen wird die Ausweitung des Angebots aber erst Mitte 2026“.

den Handel lebensnotwendig, Elektroautos zu verkaufen. Und das wird auch mit Angeboten passieren, die an die Schmerzgrenze gehen. Da ist im zweiten Halbjahr 2025 eine Rabattschlacht bei Stromern und Plug-in-Hybriden zu erwarten.“

Was kann die Politik tun?

„Mit entscheidend wird sein, was eine künftige Bundesregierung tut. Wenn man einen schnellen Hochlauf der Elektromobilität will, braucht es eine Prämie. Und vor allem beim öffentlichen Laden muss man von den hohen Kosten weg“, sagt Peckruhn.

Und was ist mit dem Verbrenner?

Der erfreut sich einer Umfrage von Deloitte steigender Beliebtheit. Nach ihren Kaufabsichten für Neu- oder Gebrauchtwagen gefragt, nannten ihn jüngst 53 Prozent als bevorzugte Variante.

Börse Frankfurt

Table with market data for Frankfurt, including MDAX and SDAX indices and various stock prices.

Table with market data for Frankfurt, including DAX index and various stock prices.

Table with market data for Frankfurt, including DAX index and various stock prices.

Table with market data for Frankfurt, including DAX index and various stock prices.

Table with market data for Frankfurt, including DAX index and various stock prices.

Table with market data for Frankfurt, including DAX index and various stock prices.

Table with market data for Frankfurt, including DAX index and various stock prices.

WEITERE DEUTSCHE AKTIEN

Table listing additional German stocks and their prices.

WEITERE REGIONALE AKTIEN

Table listing additional regional stocks and their prices.

WEITERE AUSLANDSWERTE

Table listing additional international stocks and their prices.

INVESTMENTFONDS

Table listing investment funds and their performance.

ÖLPREISE

Table listing oil prices and market trends.

RENTENMARKT

Table listing bond market data and yields.

STAND: 19:51 Uhr

Erläuterungen: Vz. = Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, St. = Stammaktien, NA = Namensaktien, vNA = vinkulierte Namensaktien.



